

Zukunft machen wir aus Tradition.



Die Stuttgarter
Der Vorsorgeversicherer

Narrativer Bericht

der DIREKTE LEBEN Versicherung AG

Bericht über die Solvabilität und Finanzlage

zum Stichtag 31.12.2017

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis	6
A.1. Geschäftstätigkeit	6
A.2. Versicherungstechnische Leistung	7
A.3. Anlageergebnis	8
A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten	8
A.5. Sonstige Angaben	9
B. Governance-System	10
B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System.....	10
B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit	15
B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung	17
B.4. Internes Kontrollsystem	22
B.5. Funktion der Internen Revision.....	24
B.6. Versicherungsmathematische Funktion (VmF)	24
B.7. Outsourcing (Ausgliederung).....	25
B.8. Sonstige Angaben	26
C. Risikoprofil	27
C.1. Versicherungstechnisches Risiko	28
C.2. Marktrisiko	32
C.3. Kreditrisiko	37
C.4. Liquiditätsrisiko	39
C.5. Operationelles Risiko	40
C.6. Andere wesentliche Risiken	41
C.7. Sonstige Angaben	43
D. Bewertung für Solvabilitätszwecke	44
D.1. Vermögenswerte	44
D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen	47
D.3. Sonstige Verbindlichkeiten	53
D.4. Alternative Bewertungsmethoden.....	54
D.5. Sonstige Angaben.....	54
E. Kapitalmanagement	55
E.1. Eigenmittel	55
E.2. Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung	57
E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung	60
E.4. Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen	60
E.5. Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung	60
E.6. Sonstige Angaben	61
Anlagen	62

Zusammenfassung

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG, als Teil der Stuttgarter Versicherungsgruppe, im Folgenden „wir“ genannt, bedient sich des konzernweit einheitlichen Governance-Systems. Wesentliche Bestandteile bilden dabei das Risikomanagementsystem und das interne Kontrollsystem. Das Risikomanagementsystem umfasst die erforderlichen Strategien, Prozesse und Meldeverfahren. Das interne Kontrollsystem umfasst die Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren, den internen Kontrollrahmen, angemessene Melderegeln auf allen Unternehmensebenen und eine Compliance-Funktion. Damit wurden alle Schlüsselfunktionen in der Aufbau- und Ablauforganisation angemessen eingebunden, um die aufsichtsrechtlichen Vorgaben umzusetzen.

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG betreibt im Wesentlichen Lebensversicherungen sowie Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten. Das Neugeschäft ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der Gesamtzugang nach Versicherungssumme betrug 13.527 Tausend € und lag damit um 11,6 % über dem Vorjahreswert von 12.120 Tausend €. Der gesamte Abgang an Versicherungssumme betrug 38.982 Tausend €, im Vorjahr lag dieser Wert bei 55.294 Tausend €. Das versicherungstechnische Ergebnis belief sich auf 3.052 Tausend € (Vorjahr 4.294 Tausend €). Die gesamten Erträge aus Kapitalanlagen betrugen 13.834 Tausend € nach 16.320 Tausend € im Vorjahr. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen sanken auf 680 Tausend € (Vorjahr 1.589 Tausend €). Insgesamt erzielten wir ein Nettokapitalanlageergebnis von 13.153 Tausend € (Vorjahr 14.730 Tausend €), was zu einer Nettoverzinsung der Kapitalanlagen von 3,7 % (Vorjahr 4,2 %) führte.

Für die Beurteilung der Solvenzsituation mittels Standardformel ist eine Bewertung der Risiken, denen das Unternehmen ausgesetzt ist, erforderlich. Diese sind in den Risikomodulen und -submodulen der Standardformel zusammengefasst. Die wesentlichen Risikoarten des Marktrisikos sind das Spreadrisiko mit 6.195 Tausend € (Vorjahr 3.907 Tausend €), das Aktienrisiko mit 5.625 Tausend € (Vorjahr 1.849 Tausend €) sowie das Immobilienrisiko mit 1.871 Tausend € (Vorjahr 427 Tausend €) Netto-Kapitalanforderung (Netto-Solvency Capital Requirement (Netto-SCR)), sowie des versicherungstechnischen Risikos das Lebensversicherungskostenrisiko mit 3.333 Tausend € (Vorjahr 3.860 Tausend €) und das Stornorisiko Leben mit 2.476 Tausend € (Vorjahr 2.128 Tausend €) Netto-SCR. Bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung werden keine unternehmensspezifischen Parameter verwendet. Im Kapitel C wird unser Risikoprofil detailliert erläutert.

Das Kapitalmanagement sowie der Kapitalmanagementplan sind entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist.

Die Risikoberechnungen zur Beurteilung der Solvenzsituation haben zum Stichtag zu einer Bedeckungsquote von 690,5 % nach 967,8 % im Vorjahr geführt, die Überdeckung beträgt 74.611 Tausend € (Vorjahr 75.428 Tausend €). Die Berechnungen wurden auf Basis der Standardformel sowie unter Anwendung der Volatilitätsanpassung gemäß § 82 VAG sowie der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen gemäß § 352 VAG durchgeführt. Die Eigenmittel beliefen sich auf 87.245 Tausend € (Vorjahr 84.120 Tausend €) und die Solvenzkapitalanforderungen auf 12.635 Tausend € (Vorjahr 8.692 Tausend €). Wir weisen darauf hin, dass der endgültige Betrag der Solvabilitätsanforderung noch der aufsichtsrechtlichen Prüfung unterliegt. Aufgrund einer Auslegungsentscheidung der BaFin wird die Höhe der Übergangsmaßnahme für versicherungstechnische Rückstellungen aktuell überprüft. Wir rechnen mit einer Anpassung, welche sich in der Berechnung mit Rückstellungstransitional in einer moderaten Verringerung der vorhandenen Eigenmittel äußern wird.

Im Kapitel D wird auf die ökonomische Bewertung der Solvabilitätsübersicht eingegangen und die wesentlichen Abweichungen zur Handelsbilanz werden erläutert. Die Vermögenswerte der Gesellschaft umfassten zum 31.12.2017 431.132 Tausend € (Vorjahr 423.862 Tausend €) und die versicherungstechnischen Rückstellungen 317.500 Tausend € (Vorjahr 312.689 Tausend €). Eine Überleitungsrechnung der Eigenmittel von HGB nach Solvency II ist ausführlich in Kapitel D und ergänzend in Kapitel E beschrieben.

Für die Bewertung der Verpflichtungen verwenden wir das Branchensimulationsmodell des GDV in der Version 3.1.2. Um unser Unternehmen besser abzubilden, haben wir unternehmensindividuelle Anpassungen am Modell vorgenommen. Insbesondere wurden im Austausch mit der BaFin die Managementregeln im Modell erweitert, so dass diese nun besser zu unserer tatsächlichen Unternehmenssteuerung passen. Gegenüber dem Vorjahr sind hier deutliche Verbesserungen in der Modellierung vorgenommen worden. So können nun je nach Kapitalmarktsituation im Modell bezüglich der Risikotreiber Zins, Aktien, Immobilien und Spread differenzierte Managementhandlungen vorgegeben werden.

Wir weisen darauf hin, dass in Tabellen auf Grund von Rundungsdifferenzen die Summe der Einzelpositionen nicht unbedingt exakt die ausgewiesene Summe ergibt. Durch die Rundungsdifferenzen können geringe Abweichungen auftreten.

A. Geschäftstätigkeit und Geschäftsergebnis

A.1. Geschäftstätigkeit

A.1.1. Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist eine Versicherungsgesellschaft und der Direktvertriebskanal der Gruppe. Sie ist eine Aktiengesellschaft und gehört als 100%-ige Tochter der Stuttgarter Versicherung Holding AG zur Stuttgarter Versicherungsgruppe.

Von uns betriebene Versicherungsarten:

- Kapitalversicherungen
- Risikoversicherungen
- Rentenversicherungen
- Kollektiv-Lebensversicherungen
- Berufsunfähigkeits- und Erwerbsunfähigkeitsversicherungen

Das Geschäftsgebiet der DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist Deutschland.

A.1.2. Zuständiger Abschlussprüfer und zuständige Aufsichtsbehörde

Unser Abschlussprüfer ist die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz in Berlin. Geprüft werden wir von der Niederlassung in der Theodor-Heuss-Straße 5 in Stuttgart (Fon: 0711 / 9060 - 0). Die Prüfer können dem Testat im Geschäftsbericht entnommen werden.

Für die Beaufsichtigung aller Unternehmen der Gruppe und der Gruppe selbst ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zuständig. Die BaFin ist unter folgenden Kontaktdaten zu erreichen:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn

Postfach 1253
53002 Bonn

Fon: 0228 / 4108 - 0
Fax: 0228 / 4108 – 1550

E-Mail: poststelle@bafin.de

De-Mail: poststelle@bafin.de-mail.de

A.1.3. Verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Gruppenstruktur

Die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ist die Obergesellschaft der Stuttgarter Versicherungsgruppe mit Sitz in der Rotebühlstr. 120 in 70197 Stuttgart und hält 100 % Anteile an der Stuttgarter Versicherung Holding AG mit Sitz in der Rotebühlstr. 120 in 70197 Stuttgart, die wiederum 100 % Anteile an den übrigen Versicherungsgesellschaften der Gruppe hält. Die Struktur der Gruppe können Sie der nachfolgenden Tabelle entnehmen (Werte gemäß Solvabilitätsübersicht).

Unternehmen	Geschäftstätigkeit	Sitz	Land	Anteilsbesitz gehalten von	Anteil in Prozent	Bilanzsumme in TEUR
Stuttgarter Lebensversicherung a.G. (SLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	-	-	7.313.150
Stuttgarter Versicherung Holding AG (SVH)	Finanzholding	Stuttgart	Deutschland	SLV	100	235.288
Stuttgarter Versicherung AG (SVA)	Schaden-/Unfall	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	202.266
DIREKTE LEBEN Versicherung AG (DLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	431.132
PLUS Lebensversicherungs AG (PLV)	Leben	Stuttgart	Deutschland	SVH	100	405.764

Niederlassungen außerhalb der Hauptverwaltung in Stuttgart bestehen nicht. Unsere Geschäftsstellen verteilen sich über das gesamte Bundesgebiet.

A.1.4. Bedeutende Geschäfte oder andere bedeutende Ereignisse

Während der Berichtsperiode lagen keine für die DIREKTE LEBEN Versicherung AG bedeutende Geschäfte oder andere bedeutende Ereignisse vor.

A.2. Versicherungstechnische Leistung

Im Folgenden wird das versicherungstechnische Ergebnis pro Geschäftsbereich für den aktuellen Berichtszeitraum dargestellt. Das Geschäftsgebiet der Gesellschaft beschränkt sich auf Deutschland.

Unser versicherungstechnisches Ergebnis betrug 3.052 Tausend € (Vorjahr 4.294 Tausend €). Die Werte sind gemäß lokaler Rechnungslegung (HGB) ermittelt.

Versicherungstechnisches Ergebnis in Deutschland in T €		2017	2016
Lebensversicherungsverpflichtungen	Krankenversicherung ¹	-1.024	-1.098
	Versicherung mit Überschussbeteiligung	4.075	5.392
	Index- und fondsgebundene Versicherung	0	0
Lebensrückversicherungsverpflichtungen	Krankenrückversicherung ¹	0	0
	Lebensrückversicherung	0	0
Gesamt		3.052	4.294

¹ Hierbei handelt es sich um Invaliditätsversicherungen.

A.3. Anlageergebnis

A.3.1. Ergebnis aus Kapitalanlagen

In der nachstehenden Tabelle sind die Erträge und Aufwendungen der gesamten Kapitalanlagen (KA) je Vermögenswertklassen zum Stichtag 31.12.2017 aufgeführt (Basis HGB).

Vermögenswertklassen	Erträge		Aufwendungen		Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Aktien	1.538	1.161	285	888	1.253	273
Staatsanleihen	3.337	3.872	48	304	3.290	3.568
Unternehmensanleihen	5.006	6.565	311	66	4.695	6.498
Strukturierte Schuldtitel	590	633	4	4	587	629
Darlehen und Hypotheken	112	141	1	1	111	141
Organismen für gemeinsame Anlagen	3.250	3.919	32	304	3.218	3.615
Derivate	0	29	0	22	0	7
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalente	0	0	0	1	0	-1
Gesamt	13.834	16.320	680	1.589	13.153	14.730

Zum Ende der Berichtsperiode betragen die saldierten stillen Reserven 57.486 Tausend € (Vorjahr 58.027 Tausend €).

Direkt im Eigenkapital erfasste Gewinne und Verluste lagen nicht vor.

A.3.2. Informationen über Anlagen in strukturierte Produkte

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG investiert in geringem Volumen in strukturierte Finanzprodukte. Zum Jahresende befinden sich im direkten Anlagebestand Multitranchen, Floater und Steepener mit einem Anlageumfang von rund 15.214 Tausend € (Vorjahr 15.562 Tausend €). Sie gehören zu der Gruppe der zinsabhängigen Schuldtitel.

Unsere Fondsmandate beinhalten weitere kleinere Bestände an strukturierten Produkten. So befinden sich rund 2.665 Tausend € (Vorjahr 2.366 Tausend €) an Verbriefungen innerhalb des Portfolios. Die Kapitalanlage wird durch entsprechende Investment-Guidelines gesteuert und regelmäßig überwacht. Insgesamt entspricht das Volumen der strukturierten Produkte rund 4,3 % bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen der Gesellschaft (Basis Solvenzübersicht).

A.4. Entwicklung sonstiger Tätigkeiten

Die sonstigen Tätigkeiten umfassen im Wesentlichen Versicherungsvermittlung, Bestandsbetreuung sowie empfangene und erbrachte Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

Das sonstige Ergebnis ist im Wesentlichen durch die Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen, geprägt. Dort werden auch aus der Konzern-Kostenverteilung belastete Aufwendungen ausgewiesen.

Die Entwicklung unserer sonstigen Tätigkeiten kann der folgenden Tabelle entnommen werden (Basis HGB).

Sonstiges Ergebnis in T €	31.12.2017	31.12.2016
Die wesentlichen Beträge sind:		
Versicherungsvermittlung und Mitversicherung	-17	23
Erträge aus der Auflösung von nichtversicherungstechnischen Rückstellungen	18	38
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen (inkl. Zinszuführen zur Pensionsrückstellung)	-786	-641

Die aufgrund von Funktions- und Dienstleistungsverträgen verrechneten Aufwendungen bzw. Erträge sind in der obigen Tabelle ersichtlich und stellen wesentliche Posten der nichtversicherungstechnischen Rechnung der erbringenden Konzerngesellschaft dar.

Unsere Kostenverteilung erfolgt auf der Grundlage von Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen. Dabei sind die entstandenen Kosten verursachungsgerecht nach dem Vollkostenprinzip von den Dienstleistungsempfängern zu tragen.

Nachdem die Kostenverteilung innerhalb der Stuttgarter Versicherungsgruppe auf die einzelnen Gesellschaften vorgenommen wurde, werden die Kosten im Rahmen der Jahresabschlusserstellung auf die einzelnen Funktionsbereiche verrechnet. Dies gilt sowohl für die originär bei uns entstandenen Aufwendungen, als auch für die weiterbelasteten Aufwendungen.

Wir verfügen über keine Leasingvereinbarungen.

A.5. Sonstige Angaben

Es liegen keine Sachverhalte vor, welche unter den sonstigen Angaben zu nennen wären.

B. Governance-System

B.1. Allgemeine Angaben zum Governance-System

Ziel des Governance-Systems ist es, die Einhaltung der zu beachtenden Gesetze, Verordnungen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen sowie ein solides und vorsichtiges Management der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Das Governance-System ist entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Geschäftstätigkeit.

Die Angemessenheit des Governance-Systems wird anhand einer Proportionalitätsanalyse beurteilt, welche von den vier Governance-Funktionen durchgeführt und vom Vorstand beschlossen wurde. Im Mittelpunkt der Analyse steht das gruppenorientierte Risikoprofil, das anhand verschiedener Einflussfaktoren, wie Rechtsform, Produktportfolio, Kapitalanlage, Outsourcingaktivitäten etc. beschrieben wurde. Im Ergebnis weist das Risikoprofil der DIREKTE LEBEN Versicherung AG keine Risiken auf, die weitere Vorgaben im Governance-System erforderlich machen.

B.1.1. Allgemeine Beschreibung des Governance-Systems

Das Governance-System umfasst eine angemessene und transparente Organisationsstruktur mit einer klaren Zuweisung und angemessenen Trennung der Zuständigkeiten und ein wirksames System zur Gewährleistung der Übermittlung von Informationen. Wir haben angemessene Vorkehrungen einschließlich der Entwicklung von Notfallplänen getroffen, um die Kontinuität und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit zu gewährleisten. Dazu greifen wir auf geeignete und verhältnismäßige Systeme, Ressourcen und Verfahren zurück. Wir haben einen Prozess installiert, der es Mitarbeitern unter Wahrung der Vertraulichkeit ihrer Identität ermöglicht, potenzielle oder tatsächliche Rechtsverstöße zu melden. Im Rahmen des Governance-Systems stellen wir zudem sicher, dass alle Personen, die das Unternehmen tatsächlich leiten oder andere Schlüsselaufgaben innehaben, jederzeit fachlich qualifiziert und persönlich zuverlässig sind.

Wesentliche Elemente des Governance-Systems stellen das Risikomanagement-System, das Interne Kontrollsystem, die vier Governance-Funktionen und Vorgaben zur Ausgliederung dar.

Zur operativen Umsetzung der Inhalte des Governance-Systems verfügen wir über alle gesetzlich vorgeschriebenen Unternehmensleitlinien.

Wesentliche Gremien im Governance-System sind das Risikokomitee sowie das ALM-Gremium. Die Sitzungen beider Gremien finden regelmäßig und bei Bedarf ad hoc statt.

Zielsetzung des Risikokomitees ist:

- Diskussion der aktuellen Risikosituation auf Basis des Risikoreportings und sonstiger Informationen;
- Diskussion der ORSA-Ergebnisse;
- Berichte/Informationen der vier Governance-Funktionen;
- Einschätzung zur Entwicklung der zukünftigen Risikolage;
- Diskussion geplanter Strategien und neuer Produkte unter Risikogesichtspunkten.

Der feste Teilnehmerkreis besteht aus dem Gesamtvorstand, den Governance-Funktionen (Risikomanagement, Compliance, Revision und Versicherungsmathematische Funktion) sowie dem Leiter Kapitalanlage.

Die Verantwortung für das ALM der DIREKTE LEBEN Versicherung AG (siehe Kapitel C.2.1.3.) liegt bei den im ALM-Gremium vertretenen Personen. Diese sind:

- der Vorstandsvorsitzende,
- der Finanzvorstand,
- der Leben-Vorstand,
- der Leiter Kapitalanlage,
- der Leiter Mathematik (Verantwortlicher Aktuar und versicherungsmathematische Funktion),
- ein Vertreter der Hauptabteilung Konzerncontrolling.

Die Überprüfung des Governance-Systems erfolgt durch verschiedene Maßnahmen. Die Interne Revision bewertet im Rahmen der risikoorientierten Prüfungsplanung, ob das Interne Kontrollsystem und andere Bestandteile des Governance-Systems angemessen und wirksam sind.

Der Geschäftsleitung obliegt zudem eine regelmäßige interne Überprüfung aller Elemente des Governance-Systems.

Mit der Durchführung dieses gesamthaften Reviews wird die Interne Revision beauftragt. Sie erstellt hierfür jährlich einen Bericht. Dieser Bericht konsolidiert die Erkenntnisse aller Governance-Funktionen zur Angemessenheit und Wirksamkeit des Governance-Systems. Des Weiteren wird die Einschätzung des Abschlussprüfers berücksichtigt. Es ist nicht zwingend, dass jedes Jahr alle Elemente des Governance-Systems betrachtet werden. Die Würdigung des Reviews erfolgt durch das Risikokomitee, welchem der Gesamtvorstand und die vier Governance-Funktionen angehören. Die Erkenntnisse werden dokumentiert und ggf. Maßnahmen zur Verbesserung ausgesprochen. Die Nachverfolgung der Maßnahmenumsetzungen erfolgt durch die Interne Revision.

B.1.2. Governance-Funktionen

Wir haben die vier aufsichtsrechtlich erforderlichen Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Compliance-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Interne Revisionsfunktion) installiert, die wichtige und kritische Funktionen innerhalb unseres Governance-Systems darstellen und somit Schlüsselfunktionen sind. Diese Governance-Funktionen agieren unabhängig und gleichberechtigt; sie unterliegen keinen gegenseitigen fachlichen Weisungen und sind auch gegenüber den Fachbereichen im Unternehmen weisungsunabhängig. Die Governance-Funktionen sind dem Vorstand direkt unterstellt und nehmen ihre Aufgaben objektiv und unabhängig wahr. Sie werden vom Vorstand und von den Fachbereichen über alle wesentlichen Tatsachen informiert, die für ihre Tätigkeit relevant sind. Die Governance-Funktionen haben uneingeschränkten Zugang zu allen erforderlichen Dokumenten und können zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit allen Personen im Unternehmen ungehinderten Kontakt aufnehmen. Sie verfügen über eine, dem Risikoprofil der DIREKTE LEBEN Versicherung AG angemessene personelle sowie sachliche Ausstattung und über die erforderliche fachliche Qualifikation.

Bei der DIREKTE LEBEN Versicherung AG sind die vier Governance-Funktionen auf die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ausgegliedert.

Die Ausgliederungsbeauftragten sind folgende Personen:

- **Risikomanagement-Funktion:** Herr Karsten, Vorstandsvorsitzender
- **Compliance-Funktion:** Herr Dr. Fischer, Vorstand
- **Interne Revision:** Herr Karsten, Vorstandsvorsitzender

- **Versicherungsmathematische Funktion:** Herr Dr. Bader, Vorstand

Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich auf die Ausgestaltung der Governance-Funktionen bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G.

Risikomanagement-Funktion

Die Risikomanagement-Funktion koordiniert den Risikomanagement-Prozess und ist für die Entwicklung von Methoden zur Identifikation, Bewertung, Überwachung und Steuerung von Risiken verantwortlich. Sie berät den Vorstand und die Fachbereiche in Risikomanagement-Fragen, unterstützt bei der frühzeitigen Erkennung von Risiken und erarbeitet Vorschläge für geeignete Gegenmaßnahmen. Die Risikomanagement-Funktion führt unternehmenseigene Risiko- und Solvabilitätsbeurteilungen durch und ermittelt die Solvenzsituation auf Gruppen-Ebene. Durch ihre direkte Zuordnung zum Vorstandsvorsitzenden verfügt sie über ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit. Die Risikomanagement-Funktion arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Compliance-Funktion

Die Compliance-Funktion überwacht die Einhaltung der internen und externen rechtlichen Vorgaben. Sie berät den Vorstand und die Mitarbeiter im Hinblick auf die Einhaltung der Vorgaben des Versicherungsaufsichtsrechts nach Solvency II. Die Compliance-Funktion beurteilt mögliche Auswirkungen von Änderungen im rechtlichen Umfeld auf die Tätigkeit der Unternehmen. Sie identifiziert und bewertet das mit der Nichteinhaltung rechtlicher Vorgaben verbundene Risiko (Compliance-Risiko). Die Compliance-Funktion bewertet hierbei zugleich die Angemessenheit der Maßnahmen zur Verhinderung von Verstößen gegen rechtliche Vorgaben. Die Compliance-Funktion arbeitet auf der Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie und eines risikoorientierten Compliance-Plans, die beide vom Vorstand genehmigt werden und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegen.

Versicherungsmathematische Funktion

Die versicherungsmathematische Funktion (VMF) koordiniert die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Sie stellt die Angemessenheit der verwendeten Methoden und Modelle sicher und bewertet die Qualität der Daten und die Eignung der verwendeten IT-Systeme. In einem jährlichen Bericht an den Vorstand nimmt die VMF Stellung zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung in der Solvenzübersicht, zur allgemeinen Zeichnungs- und Annahmepolitik und zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen. Außerdem leistet die VMF einen Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagementsystems, insbesondere im Rahmen des ORSA. Die VMF arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Interne Revisionsfunktion

Die Interne Revision ist eine im Unternehmen eingerichtete Funktion zur Prüfung der Angemessenheit, der Arbeitsweise, der Wirksamkeit und der Effizienz des Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems. Somit unterliegen die anderen Governance-Funktionen der Prüfung durch die Interne Revision. Sie unterstützt den Vorstand in Bezug auf seine Pflicht zur Vorhaltung eines angemessenen und wirksamen Internen Kontrollsystems. Die Interne Revision liefert in diesem Zusammenhang Analysen, Einschätzungen und Informationen hinsichtlich der überprüften Tätigkeiten. Sie arbeitet unabhängig und objektiv. Die Prüftätigkeiten richten sich grundsätzlich nach dem jährlich von der Internen Revision aufgestellten und vom Vorstand genehmigten Prüfungsplan. Die Interne Revision arbeitet auf Grundlage einer funktionsspezifischen Leitlinie, die vom Vorstand genehmigt wird und einer regelmäßigen Aktualisierung unterliegt.

Schnittstellenmanagement

Um sowohl Doppelarbeiten als auch Zuständigkeitslücken zu vermeiden, arbeiten die vier Governance-Funktionen innerhalb abgestimmter und definierter Verantwortungsbereiche. Für die vier

Governance-Funktionen bestehen zudem interne Vorgaben für die gegenseitige Information und Kommunikation.

B.1.3. Änderungen des Governance-Systems im Berichtszeitraum

Im Berichtszeitraum sind keine wesentlichen Änderungen am Governance-System erfolgt.

B.1.4. Zuständigkeiten von Vorstand und Aufsichtsrat

B.1.4.1. Vorstand

Das Unternehmen ist in Vorstands-Ressorts gegliedert. Die Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Abgrenzung der Ressorts regelt eine vom Aufsichtsrat erlassene Geschäftsordnung des Vorstands. Die Ressorts werden jeweils von einem Vorstandsmitglied geleitet. Die Ressortleiter entscheiden im Rahmen der ihnen delegierten Verantwortung selbständig. Die Ressortleiter sind für eine zielorientierte Delegation von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung innerhalb ihres Ressorts zuständig. Zu den speziellen Führungsaufgaben der Ressortleiter gehören neben der Mitarbeiterführung die Aufstellung, Überwachung, Kontrolle und, wenn notwendig, die Korrektur der Ressortziele. Der zuständige Ressortleiter veranlasst und überwacht die Ausführung der vom Gesamtvorstand beschlossenen Maßnahmen. Bestehen zwischen einzelnen Vorstandsmitgliedern Meinungsverschiedenheiten über die Ressortabgrenzung, entscheidet der Aufsichtsrat.

Die Ressorts sind wie folgt gegliedert:

Ressort Herr Dr. Fischer:

Rechnungswesen und Steuern, Recht und Compliance, einschließlich Compliance-Funktion (§ 29 VAG), Vermögen und Immobilien

Ressort Herr Berndt:

Vertrieb und Marketing

Ressort Herr Dr. Bader:

Mathematik, einschließlich Versicherungsmathematische Funktion (§ 31 VAG) und Verantwortlicher Aktuar (§ 141 VAG), Betrieb und Leistung

Ressort Herr Karsten:

Controlling, Risikomanagement, einschließlich Risikomanagement-Funktion (§ 26 Abs. 8 VAG) und Interne Revision (§ 30 VAG), Datenschutz, Informationstechnik, Personal, Betriebsorganisation und Zentrale Services

Innerhalb des Vorstands bestehen keine Ausschüsse.

B.1.4.2. Aufsichtsrat

1. Die Rechte des Aufsichtsrats bestimmen sich nach Gesetz und Satzung.
2. Im Rahmen der Überwachung der Geschäftsführung ist der Aufsichtsrat insbesondere zuständig für
 - die Bestellung und Abberufung der Vorstandsmitglieder, die Festlegung der Anstellungsbedingungen und Dienstanweisungen für diese;
 - die Bestellung der Abschlussprüfer;
 - die Billigung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

Der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen:

- Erlass und wesentliche Änderungen der Geschäftsordnung des Vorstandes;
- die Bestellung und Abberufung von Prokuristen;
- die Gründung und der Erwerb oder die Beteiligung an anderen Unternehmen und deren Veräußerung;

- Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen vor der Beschlussfassung durch die Hauptversammlung;
 - der Erlass allgemeiner Weisungen über die Anlage des Vermögens;
 - der Erwerb, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken.
3. Der Aufsichtsrat kann weitere Geschäfte und Rechtshandlungen von seiner Zustimmung abhängig machen.
 4. Verlangt die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, bevor sie eine Satzungsänderung genehmigt, Änderungen, so ist der Aufsichtsrat berechtigt, dem zu entsprechen. Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen, zu beschließen.

Innerhalb des Aufsichtsrats bestehen keine Ausschüsse.

B.1.5. Vergütungspolitik und Vergütungspraktiken

Die Vergütungsleitlinien stehen im Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie dem Risikoprofil der DIREKTE LEBEN Versicherung AG. Die Vergütungspolitik ist an den langfristigen Interessen und der langfristigen Leistung des Unternehmens ausgerichtet. Verantwortlich für die Ausgestaltung des Vergütungssystems ist der Aufsichtsrat für die Mitglieder des Vorstands.

Sofern für Mitglieder des Vorstands erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile gewährt werden, leiten sich diese aus der Strategie des Unternehmens sowie aus der strategischen Ausrichtung der gesamten Versicherungsgruppe ab. Einzelne Ziele werden so gestaltet, dass sowohl finanzielle als auch nichtfinanzielle Kriterien herangezogen werden. Sie berücksichtigen sowohl die individuelle Leistung als auch die Ergebnisse des einzelnen Geschäftsbereichs.

Das Verhältnis von festen und variablen Vergütungsbestandteilen wurde im marktüblichen Rahmen festgelegt und untermauert den Ansatz, keinen Anreiz zum Eingehen von besonderen Risiken zu bilden. Die Abstufung der Relation entsprechend der Hierarchieebenen trägt ebenfalls dem Grundsatz Rechnung, eine marktadäquate Vergütung zu gewähren.

Zudem behält die Gesellschaft sich vor, insbesondere bei Nichterreichen der Unternehmensziele, überhaupt keine variablen Vergütungsbestandteile zu zahlen oder sich auf den individuellen Teil zu beschränken.

B.1.5.1. Mitglieder des Vorstands

Die Vorstandsvergütung besteht aus einem erfolgsunabhängigen und einem erfolgsabhängigen Teil. Der erfolgsunabhängige Teil umfasst fixe Bezüge und Nebenleistungen. Ihre Höhe wird von der übertragenen Funktion und Verantwortung bestimmt. Wesentliche Nebenleistungen sind die Gestellung eines Dienstwagens, die Leistungen im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung und die Aufnahme in eine Gruppen-Unfallversicherung.

Der erfolgsabhängige Teil der Vergütung beträgt bis zu 50 % der fixen Bezüge. Die Skalierung dieser variablen Vergütung ist abhängig vom Erreichen der Gruppenziele und vom Erreichen der mit dem Aufsichtsrat vereinbarten individuellen Ziele.

Den Zielerreichungsgrad beurteilt im jeweiligen Folgejahr der Aufsichtsrat für jedes Vorstandsmitglied. Er beschließt sodann unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben über die Auszahlung der sich daraus für jedes Vorstandsmitglied ergebenden variablen Vergütung. Die Auszahlung eines als wesentlich bestimmten Teils der sich für jedes Vorstandsmitglied ergebenden variablen Vergütung erfolgt um drei Jahre aufgeschoben aufgrund eines erneuten Beschlusses des Aufsichtsrats, für den entsprechend den gesetzlichen Vorgaben quantitative und qualitative Kriterien gelten.

B.1.5.2. Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten entsprechend der Satzung Vergütungen für ihre Tätigkeit, ihre Zeitversäumnisse und Auslagen. Die Höhe wird von der Hauptversammlung festgesetzt. Der Vorsitzende erhält das Doppelte, der Stellvertreter das 1,5fache des Betrags.

B.1.5.3. Zusatzrenten und Vorruhestandsregelungen

Die betriebliche Altersversorgung der Vorstandsmitglieder basiert auf beitragsorientierten bzw. endgehaltsbezogenen Leistungszusagen, für die Pensionsrückstellungen gebildet oder Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen wurden.

B.1.5.4. Transaktionen während der Berichtsperiode

An Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte wurden zum Bilanzstichtag keine Kredite gewährt. Haftungsverhältnisse zugunsten dieser Personengruppen wurden nicht eingegangen, wesentliche Transaktionen nicht mit diesen Personen getätigt.

B.2. Anforderungen an die fachliche Qualifikation und persönliche Zuverlässigkeit

B.2.1. Vorstand

Verantwortlich für die Feststellung und Überwachung der fachlichen Qualifikation sowie der persönlichen Zuverlässigkeit ist der Aufsichtsrat der DIREKTE LEBEN Versicherung AG.

Die Bestellung eines Mitglieds des Vorstands der Gesellschaft erfolgt durch den Aufsichtsrat der Gesellschaft. Dabei berücksichtigt er die Vorgaben des jeweiligen Merkblatts der BaFin. Die dort genannten Unterlagen sind Gegenstand des Bestellungsverfahrens. Die Beurteilung, ob eine Person fachlich qualifiziert ist, umfasst eine Bewertung ihrer beruflichen und formalen Qualifikationen, Kenntnisse und einschlägigen Erfahrungen im Versicherungssektor, anderen Finanzsektoren oder anderen Unternehmen. Bei der Bewertung der Qualifikationen sind die übertragenen Aufgaben sowie die Ressortaufteilung zu berücksichtigen.

Der Aufsichtsrat der DIREKTE LEBEN Versicherung AG überzeugt sich regelmäßig von der fachlichen Qualifikation aller Mitglieder des Vorstands.

Die individuellen Qualifikationen der einzelnen Mitglieder des Vorstands der DIREKTE LEBEN Versicherung AG haben sich sinnvoll zu ergänzen, so dass die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen der Mitglieder des Vorstands in seiner Gesamtheit ein solides und vorsichtiges Management des Unternehmens gewährleisten. Zudem überzeugt sich der Aufsichtsrat davon, dass jedes einzelne Mitglied des Vorstands über ausreichende Kenntnisse aller Bereiche verfügt, um eine gegenseitige Kontrolle zu gewährleisten.

Der Aufsichtsrat der DIREKTE LEBEN Versicherung AG überzeugt sich von der persönlichen Zuverlässigkeit eines jeden Mitglieds des Vorstands. Die Bewertung erfolgt anhand einer Selbsterklärung über etwaige Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahren, gewerberechtliche Entscheidungen sowie über vermögensrechtliche Verfahren. Diese Erklärung wird durch das einzelne Mitglied des Vorstands der Gesellschaft jeweils zu Beginn einer Bestellungsperiode abgegeben. Dies wird durch eine Verpflichtung ergänzt, während des Zeitraums der Bestellung den Aufsichtsrat selbstständig darauf hinzuweisen, wenn das Kriterium der persönlichen Zuverlässigkeit durch neue Sachverhalte berührt sein kann.

Zu einer außerordentlichen Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit von Mitgliedern des Vorstands der Gesellschaft führen Umstände, die ein solides und umsichtiges Management des Geschäfts betreffen. Das ist insbesondere bei Zweifeln an der

persönlichen Zuverlässigkeit, die aus einer Meldung des einzelnen Mitglieds des Vorstands resultieren, sowie bei Vorliegen bestimmter Kriterien der Fall.

B.2.2. Aufsichtsrat

Die Wahl der Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft richtet sich nach deren Satzung. Ziel ist es, den Aufsichtsrat so zu besetzen, dass eine angemessene Kontrolle und Beratung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat sichergestellt ist. Der Aufsichtsrat setzt sich so zusammen, dass die Mitglieder insgesamt über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Qualifikationen, Kenntnisse und Erfahrungen verfügen. Bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats sollen dem Risikoprofil der Gesellschaft entsprechend Kenntnisse in den wichtigsten Themenfeldern – hierzu gehören die Bereiche Kapitalanlage, Versicherungstechnik und Rechnungslegung – vorhanden sein. Nicht erforderlich ist, dass jedes Mitglied des Aufsichtsrats alle vorstehend genannten fachlichen Anforderungen erfüllt. Im Übrigen ist hinsichtlich der fachlichen Eignung der Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft, ihrer Zuverlässigkeit und ihrer zeitlichen Verfügbarkeit sowie der Vermeidung von Interessenkonflikten das BaFin-Merkblatt zur fachlichen Eignung und Zuverlässigkeit von Mitgliedern von Verwaltungs- oder Aufsichtsorganen gemäß VAG zu beachten.

Der Aufsichtsrat legt jährlich im Rahmen einer Selbsteinschätzung die Abdeckung der vorstehend genannten sowie eventuell weiteren Themenfelder dar. Die Selbsteinschätzung ist Grundlage für etwaige Fortbildungen der Aufsichtsratsmitglieder. Die Dokumentation erfolgt durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Die außerordentliche Beurteilung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit von Mitgliedern des Aufsichtsrats erfolgt entsprechend der Vorgehensweise bei Vorständen.

B.2.3. Schlüsselfunktionen

Der Begriff „Schlüsselfunktion“ umfasst die Funktionen Interne Revisionsfunktion, Compliance-Funktion, Risikomanagement-Funktion und versicherungsmathematische Funktion. Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG hat neben diesen Schlüsselfunktionen keine weiteren Personen bestimmt, die Schlüsselaufgaben innehaben.

Die Schlüsselfunktionen der DIREKTE LEBEN Versicherung AG sind auf die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ausgegliedert. Die Ausgliederung erfolgt unter Einhaltung der Regelungen zum Outsourcing. Die beim Dienstleister installierten Strategien und Verfahren zur Gewährleistung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Zuverlässigkeit sind aus Sicht des ausgliedernden Unternehmens angemessen und geeignet.

Das Einstellungsverfahren eines Leiters einer Schlüsselfunktion läuft nach einem festgelegten Prozess unter Einbeziehung des Vorstands. Zudem wurden Kriterien zur Feststellung der "fachlichen Qualifikation" und "persönlichen Zuverlässigkeit" entwickelt. Diese dienen als Vorgabe für die Berufsqualifikation, Kenntnisse, Erfahrungen und Persönlichkeit der Funktionsinhaber.

Für jeden Leiter einer Schlüsselfunktion wurden damit einhergehend der Funktion entsprechende spezifische Berufsqualifikationen festgelegt. Zudem wird von allen Inhabern von Schlüsselfunktionen insbesondere verlangt:

- gute Kenntnisse der Vorgaben aus Solvency II für den jeweiligen Verantwortungsbereich
- Kenntnisse der Aufgaben der jeweils anderen Schlüsselfunktionen
- Kenntnisse der Aufbau- und Ablauforganisation sowie der wesentlichen Prozesse in Versicherungsunternehmen
- Führungsqualifikation

- ausgeprägte Persönlichkeitseigenschaften, insbesondere eine hohe Weiterbildungsbereitschaft zur Anpassung der Fachkenntnisse an sich ändernde Anforderungen und/oder die Bereitschaft zur Mitwirkung in fachspezifischen Gremien

Im Rahmen der regelmäßig erfolgenden Beurteilung der Leiter der Schlüsselfunktionen überprüft der jeweilige Ressortvorstand die fachliche Qualifikation und die persönliche Zuverlässigkeit. Dies wird durch eine Verpflichtung des Leiters der Schlüsselfunktion ergänzt, während der Laufzeit eines Beurteilungszeitraumes selbstständig darauf hinzuweisen, wenn das Kriterium der persönlichen Zuverlässigkeit durch neue Sachverhalte berührt sein kann.

Die außerordentliche Beurteilung der fachlichen Qualifikation und der persönlichen Zuverlässigkeit von Inhabern der Schlüsselfunktionen erfolgt entsprechend der Vorgehensweise bei Vorständen.

B.3. Risikomanagementsystem einschließlich der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung

B.3.1. Allgemeine Informationen zum Risikomanagementsystem

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG verfügt im Rahmen der Unternehmenssteuerung über ein umfassendes Risikomanagementsystem mit dem Ziel, Risiken durch eine effektive Risikosteuerung beherrschbar zu machen, die Finanzkraft zu sichern und die Unternehmensqualität nachhaltig zu steigern. Die Gesamtverantwortung für das Risikomanagement liegt beim Vorstand, der im Rahmen der Risikostrategie die risikopolitischen Grundsätze vorgibt. Der organisatorische Aufbau basiert auf der Funktionstrennung zwischen risikoeingehenden und risikosteuernden Fachbereichen einerseits sowie risikoüberwachenden Bereichen andererseits. Das Management der Risiken erfolgt dezentral in den Fachbereichen, da hier das Know-how zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken liegt. Die Risikomanagement-Funktion gibt den Rahmen für die einheitliche Vorgehensweise und Methodenanwendung vor und ist für die vierteljährliche Gesamtberichterstattung verantwortlich. Die fachbereichsübergreifende Betrachtung der Risikosituation erfolgt im Risikokomitee, in welchem der Vorstand, die Governance-Funktionen sowie der Bereich Kapitalanlage vertreten sind.

Die Risikomanagement-Funktion ist so strukturiert, dass sie die Umsetzung des Risikomanagementsystems erleichtert. Integriert in die Hauptabteilung Konzerncontrolling, welche direkt dem Vorstandsvorsitzenden zugeordnet ist, verfügt sie über ein ausreichendes Maß an Unabhängigkeit. Durch die Aufgabenschwerpunkte des Konzerncontrollings, wie z.B. Kapitalanlagecontrolling, Begleitung der strategischen Planung sowie der strategischen Steuerung sind sämtliche risikorelevante Informationen in der Hauptabteilung gebündelt. Des Weiteren stellt die ganzheitliche Unternehmenssicht ein allumfassendes Risikomanagement sicher.

Bei wesentlichen Entscheidungen, die erhebliche Auswirkungen auf das Risikoprofil der Gesellschaft haben könnten, wird die Risikomanagement-Funktion einbezogen. Dies sind z.B. die Einführung neuer Produkte, Investitionen in für die Gesellschaft neue Anlageformen, neue Sparten/Vertriebswege, Outsourcing von Schlüsselfunktionen etc. Die Dokumentation der Einbeziehung und Stellungnahme des Risikomanagements erfolgt in der Hauptabteilung Konzerncontrolling. Wird der Empfehlung der Risikomanagement-Funktion nicht Folge geleistet, werden die Gründe für die Nichtberücksichtigung im Vorstandsbeschluss dargelegt.

Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems erfolgen jährliche Prüfungen unterschiedlicher Bestandteile durch die interne Revision.

B.3.2. Risikomanagementprozesse

B.3.2.1. Risikoidentifikation

Im jährlichen Turnus erfolgt im Rahmen der Risikoinventur die Identifikation der Risiken, die auf die einzelnen Fachbereiche und Geschäftsprozesse einwirken. Ziel ist, eine möglichst lückenlose Erfassung aller Gefahrenquellen, Schadensursachen und Störpotenziale zu gewährleisten. Die Risikoinventur wird vom zentralen Risikomanagement mittels eines standardisierten Verfahrens durchgeführt.

Die identifizierten Risiken werden in folgende Kategorien unterschieden:

- Versicherungstechnisches Risiko
- Marktrisiko
- Ausfallrisiko
- Operationelles Risiko
- Liquiditätsrisiko
- Strategisches Risiko
- Reputationsrisiko

B.3.2.2. Risikoanalyse und –bewertung

Im Zuge der Risikoanalyse werden die identifizierten Risiken hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf das Unternehmen analysiert und das unternehmensindividuelle Risikoprofil bestimmt. Das Ergebnis der Risikoanalyse wird im ORSA-Bericht dokumentiert.

Die Risiken werden regelmäßig, mindestens einmal jährlich bewertet. Die Bewertung erfolgt für das Versicherungstechnische Risiko, Marktrisiko sowie Ausfallrisiko auf Basis der Standardformel, angepasst auf das unternehmensindividuelle Risikoprofil der Gesellschaft.

Die unternehmensindividuellen Risikofaktoren werden im Zuge der jährlichen Abweichungsanalyse des Risikoprofils von der Standardformel ermittelt.

Für Risiken, die nicht in der Standardformel enthalten sind, ist charakteristisch, dass eine Quantifizierung nicht oder nur teilweise möglich ist. Die Berücksichtigung im unternehmensindividuellen Risikoprofil erfolgt daher qualitativ.

Die Quantifizierung der Operationellen Risiken erfolgt mittels stochastischer Risikosimulation unter Annahme eines 200-Jahr-Ereignisses, was einem Konfidenzniveau von 99,5% entspricht. Die für die Modellierung notwendigen Basisdaten Worst Case, mittlerer Schaden sowie Schadenhäufigkeit werden von den Risikoverantwortlichen im Zuge der jährlichen Risikoinventur ermittelt bzw. aktualisiert, wobei folgende Methoden zur Anwendung kommen:

- Datenbasierter Ansatz: Ableitung der Parameter aus unternehmensinternen Daten der Vergangenheit.
- Szenariobasierter Ansatz: Analyse der ungünstigsten aber plausiblen Fälle, mit denen das Unternehmen konfrontiert sein könnte.
- Expertenbasierter Ansatz: Ableitung der Parameter aus Erfahrungswerten, Nutzung von internem Experten-Know-how.

Simuliert wird der Kapitalbedarf bei Risikoeintritt der voneinander unabhängigen Risiken unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Risikominderung. Da es sich jedoch weitestgehend um qualitative Maßnahmen handelt, ist eine Quantifizierung der Risikominderung nicht möglich, sondern geht lediglich als Schätzwert in die Bewertung ein (Nettobewertung).

B.3.2.3. Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung nimmt eine Schlüsselstellung im Risikomanagementprozess ein, da eine positive Veränderung der Risikolage und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erfolgchancen und Verlustgefahr erreicht werden sollen. Sie ist ein Bestandteil des unternehmensweiten internen Kontrollsystems.

Prinzipiell gibt es drei Alternativen: die präventive, die korrektive und die nicht-aktive Risikosteuerung. Die präventive Risikosteuerung zielt darauf ab, Risiken aktiv durch Beseitigung oder Reduzierung der entsprechenden Ursachen zu vermeiden oder zu vermindern. Das heißt, durch Verringerung der Eintrittswahrscheinlichkeit und/oder des Schadenausmaßes – zum Beispiel durch personelle, technische oder organisatorische Maßnahmen – entstehen keine oder verminderte Risikofolgen. Bei der korrektiven Risikosteuerung wird hingegen der Eintritt eines Risikos bewusst akzeptiert. Ziel ist dabei nicht, die Eintrittswahrscheinlichkeiten oder die Tragweite der Risiken zu reduzieren, sondern die Auswirkungen des Risikoeintritts auf andere Risikoträger zu überwälzen (z. B. in Form von Rückversicherung). Die dritte Alternative besteht darin, keine aktive Risikopolitik zu betreiben, sondern das Risiko zu akzeptieren, zu übernehmen und mit ausreichendem Risikokapital zu hinterlegen. Die Wahl der Alternativen ist situationsabhängig und wird gemäß der Kompetenzen und Zeichnungsbefugnisse in den Fachbereichen verantwortet, welche die Entscheidung grundsätzlich unter Berücksichtigung eines optimalen Risiko-Chance-Kalküls nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen.

Die Risikoüberwachung erfolgt über ein Frühwarnsystem, das mittels festgelegter Risikoindikatoren die Entwicklung der Risiken aufzeigt. Anhand der Risikoindikatoren sowie einer persönlichen Einschätzung beurteilt der Risikoverantwortliche vierteljährlich, ob die vorhandenen Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen ausreichen, um das Risiko zu steuern. Das Ergebnis wird in Form einer Statureinschätzung (grün = unkritisch, gelb = kritisch, rot = gefährlich) in der Risikotabelle dokumentiert. Insbesondere bei gelbem bzw. rotem Status liegt es im Ermessen des Risikoverantwortlichen weitere Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen zu installieren (1. Verteidigungslinie). Die Risikomanagement-Funktion überwacht die Einhaltung der Anforderungen durch die Risikoverantwortlichen im Zuge des vierteljährlichen Risikoreportings (2. Verteidigungslinie). Eine jährliche Überprüfung der internen Kontrollen und Steuerungsmaßnahmen erfolgt im Rahmen der Risikoinventur.

B.3.2.4. Risikoreporting

Die Häufigkeit und der Inhalt der Risikoberichterstattung ist darauf ausgerichtet, dem Vorstand alle notwendigen aktuellen Informationen zur Verfügung zu stellen, damit dieser Entscheidungen mit einem angemessenen Detaillierungsgrad treffen kann.

Die Berichterstattung über die Risiken der Gesellschaft, welche die risikorelevanten Informationen jeder Risikokategorie beinhaltet, erfolgt quartalsweise an den Vorstand sowie an das Risikokomitee und situativ auch an den Aufsichtsrat. Dazu führt die Risikomanagement-Funktion eine Abfrage der Risikosituation bei den Fachbereichen durch, die ihre Einschätzung mittels einer Statusangabe für jedes Risiko abgeben. Zur Darstellung der Gesamtrisikosituation des Unternehmens werden die Risiken der Fachbereiche nach Risikokategorien aggregiert. Des Weiteren wird die Entwicklung der Risiken zum Vorquartal analysiert und aufgezeigt.

Außerhalb des vierteljährlichen Berichtsturnus besteht die Möglichkeit, neu entstandene Risiken sowie Veränderungen bei bestehenden Risiken in Form von Ad-hoc-Meldungen anzuzeigen. Die Meldung der Risikoverantwortlichen muss in schriftlicher Form an die Risikomanagement-Funktion erfolgen, welche die Risikobewertung zusammen mit dem Fachbereich vornimmt und dokumentiert. Wesentliche Änderungen der Risikosituation werden dem Vorstand umgehend angezeigt, um eine frühzeitige Risikosteuerung zu ermöglichen.

Für Krisensituationen im Kapitalanlagenbereich, bei Bedarf auch in anderen Bereichen, existiert ein Sonderreporting, welches von der Risikomanagement-Funktion oder den Risikoverantwortlichen erstellt und dem Vorstand sowie ggf. dem Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt wird. Als Krisensituationen werden wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Ereignisse von besonderer Tragweite für die DIREKTE LEBEN Versicherung AG sowie extreme Marktbewegungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Bilanz verstanden.

Gemäß Artikel 45 der Solvency II-Rahmenrichtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) erstellt das zentrale Risikomanagement jährlich für die Versicherungsunternehmen sowie für die Gruppe einen ORSA-Bericht, welcher als Single-ORSA-Bericht konzipiert ist. Dabei wird sichergestellt, dass die einzelnen Unternehmen alle Anforderungen erfüllen, die auch ein ORSA-Bericht auf Einzelebene erfüllen müsste.

B.3.3. ORSA-Prozess

Im Mittelpunkt des Risikomanagementsystems steht der ORSA-Prozess mit der unternehmenseigenen Beurteilung der Risiko- und Solvabilitätssituation. Dabei wird das Ziel verfolgt, das unternehmenseigene Risikoprofil zu bestimmen und den daraus resultierenden internen Risikokapitalbedarf kontinuierlich zu analysieren und zu bewerten. ORSA umfasst die Gesamtheit der Prozesse und Verfahren, die eingesetzt werden, um kurz- und langfristige Risiken, denen die DIREKTE LEBEN Versicherung AG ausgesetzt ist bzw. ausgesetzt sein könnte, zu identifizieren, zu bewerten, zu überwachen, zu steuern und zu berichten. Die Ergebnisse des ORSA werden bei der Festlegung der Geschäftsstrategie und im Rahmen der Unternehmensplanung berücksichtigt. Im Gegenzug fließen strategische Entscheidungen, welche den Gesamtsolvabilitätsbedarf und die gesetzlichen Kapitalanforderungen wesentlich beeinflussen, in die ORSA-Berechnungen ein bzw. werden im Vorfeld hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Risikosituation beurteilt.

B.3.3.1. Häufigkeit und Angemessenheit

- **Regulärer ORSA**

Die Durchführung des regulären ORSA erfolgt im jährlichen Turnus, terminlich orientiert an der Jahresberechnung der Standardformel. Dies ist vor dem Hintergrund der Wesensart, des Umfangs und der Komplexität der Risiken als angemessen zu beurteilen.

- **Nicht-regulärer ORSA**

Ein nicht-regulärer ORSA wird anlassbezogen durchgeführt. Auslöser können sowohl externe als auch interne Faktoren sein.

Unter externen Faktoren werden wirtschaftliche, politische oder gesellschaftliche Ereignisse von besonderer Tragweite für die DIREKTE LEBEN Versicherung AG verstanden. Interne Faktoren sind in erster Linie strategische Entscheidungen wie zum Beispiel der Auf- oder Abbau von Versicherungssparten mit wesentlichen Veränderungen der Bestandsstruktur während des Geschäftsjahrs.

Unter einem nicht-regulären ORSA wird entweder ein vollständiger ORSA oder ein Teil-ORSA verstanden. Im Zuge des Teil-ORSAs wird geprüft, wie sich das Ergebnis der letzten Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs und der aufsichtsrechtlichen Anforderungen auf Grund des internen oder externen Ereignisses verändert. Bei wesentlichen Veränderungen erfolgt im nächsten Schritt ein vollständiger ORSA. Die Beurteilung der Wesentlichkeit obliegt der Risikomanagement-Funktion unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen sowie der Solvenzsituation der Gesellschaft.

B.3.3.2. Beurteilung der Abweichung zwischen Risikoprofil und Standardformel

Die Solvenzkapitalanforderung der DIREKTE LEBEN Versicherung AG wird auf Basis der Standardformel berechnet. Da die Standardformel als universell einsetzbare Berechnungsmethode das unternehmensindividuelle Risikoprofil nicht genau abdeckt, ist zu prüfen, ob sich die Abweichungen

innerhalb eines akzeptablen Rahmens bewegen oder ob Anpassungen notwendig sind. So wird auf Basis einer Analyse des Risikoprofils untersucht, inwieweit die Parameter der Standardformel für den Gesamtsolvabilitätsbedarf der Gesellschaft angemessen sind bzw. an welchen Stellen unternehmenseigene Risikobewertungen vorzunehmen sind. Des Weiteren werden Risiken analysiert und bewertet, die nicht in der Standardformel abgebildet sind.

Abweichungen zwischen Risikoprofil und Annahmen der Standardformel können sowohl Überschätzungen als auch Unterschätzungen darstellen. Während eine Überschätzung von Risiken aus aufsichtsrechtlicher Sicht als unbedenklich angesehen wird, stellen unterschätzte Risiken ab einer bestimmten Größenordnung eine Gefahr für die Belange der Versicherten dar. Bei einer vorliegenden Unterschätzung von Risiken ist daher zu prüfen, ob diese insgesamt als signifikant anzusehen ist.

Als Ergebnis der Beurteilung der Abweichung zwischen Risikoprofil und Standardformel wird für die Gesellschaft begründet, ob die Verwendung der Standardformel angemessen ist oder die Risiken durch die Standardformel wesentlich über- oder unterschätzt werden.

B.3.3.3. Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Ausgangspunkt für die Ermittlung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs ist die Standardformel, welche für das Risikoprofil der DIREKTE LEBEN Versicherung AG grundsätzlich geeignet ist.

Kommt die Abweichungsanalyse zwischen Risikoprofil und Standardformel zu dem Ergebnis, dass die Abweichung nicht als signifikant einzustufen ist, werden die Ergebnisse der Säule 1-Berechnungen als Basisszenario für den Gesamtsolvabilitätsbedarf angesetzt. Bei Vorliegen einer signifikanten Abweichung werden für die unterschätzten Risiken die Parameter der Standardformel angepasst bzw. durch unternehmenseigene Risikofaktoren ersetzt.

Nicht quantifizierbare Risiken werden qualitativ berücksichtigt.

B.3.3.4. Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Zur Beurteilung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs werden verschiedene Stresstests durchgeführt, deren Ausgestaltung in Abhängigkeit der aktuellen Rahmenbedingungen jährlich neu festgelegt wird. Für nicht bzw. schwer quantifizierbare wesentliche Risiken erfolgt eine qualitative Stressbetrachtung. Die Sensitivität der Standardformel gegenüber Änderungen des Risikoprofils wird mittels Sensitivitätsanalysen beurteilt.

B.3.3.5. Prognose des Gesamtsolvabilitätsbedarfs

Zur Beurteilung der jederzeitigen Einhaltung der gesetzlichen Kapitalanforderungen wird eine Prognoserechnung über einen Zeitraum von fünf Jahren erstellt, was dem geschäftlichen Planungshorizont der Gesellschaft entspricht.

B.3.3.6. Ableitung strategischer Entscheidungen

Der ORSA der DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist ein wesentlicher Bestandteil der Geschäftsstrategie und fließt kontinuierlich in die strategischen Entscheidungen ein. Die Ergebnisse des ORSA werden im Gesamtvorstand diskutiert und erörtert. Dabei findet insbesondere eine Auseinandersetzung mit den Risiken des Unternehmens und dem daraus resultierenden Kapitalbedarf statt. Des Weiteren beschäftigt sich der Vorstand mit der Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen sowie Eigenmittel unter der Annahme verschiedener Zukunftsszenarien.

Die Erkenntnisse aus dem ORSA werden bei der Festlegung der Geschäftsstrategie und im Rahmen der Unternehmensplanung berücksichtigt. Im Gegenzug fließen strategische Entscheidungen, welche den Gesamtsolvabilitätsbedarf und die gesetzlichen Kapitalanforderungen wesentlich beeinflussen, in die ORSA-Berechnungen ein bzw. werden im Vorfeld hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Risikosituation beurteilt.

B.3.4. Interaktion zwischen Risikomanagement und Kapitalmanagement

Ziel des Kapitalmanagements der DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist es sicherzustellen, dass die Kapitalanforderungen jederzeit mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln bedeckt sind. Des Weiteren soll, im Fall eines zusätzlichen Kapitalbedarfs, das Aufbringen qualitativ angemessener Eigenmittel gewährleistet werden.

Um die aufsichtsrechtliche Vorgabe der jederzeitigen Bedeckung der Solvabilitäts- und Mindestkapitalanforderungen mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln und anrechnungsfähigen Basiseigenmitteln zu gewährleisten, werden regelmäßige Berechnungen durchgeführt, wie z.B. die mittelfristige Kapitalmanagementplanung. Diese Planung basiert auf der 5-Jahres-HGB-Ergebnis-Planung und leitet daraus die Entwicklung des Eigenkapitals ab. Hierbei gilt als Grundbedingung, dass die Solvabilitäts- und Mindestkapitalanforderung nach Solvabilität II gedeckt sein muss. Flankiert wird dies ebenfalls durch monatliche Liquiditätsplanungen.

Die Kapitalmanagementplanung erfolgt rollierend im Rahmen des Risikomanagements und insbesondere des ORSA-Prozesses unter Berücksichtigung der (Mehr-)Jahres-Planung der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB. Die 5-Jahres-Planung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs wird im ORSA-Bericht dargestellt. In diesen Planungsberichten wird die Eigenmittelenwicklung in einem mittelfristigen Zeithorizont, der auch dem üblichen Unternehmensplanungshorizont entspricht, nach Solvency II überwacht und eventuell notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Um eine laufende ausreichende Bedeckung der Solvabilitätsanforderungen sicherzustellen, wird im Kapitalmanagementplan u.a. die reduzierte Anrechenbarkeit von Eigenmitteln berücksichtigt.

B.4. Internes Kontrollsystem

Das Interne Kontrollsystem besteht aus folgenden Bestandteilen:

- Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren,
- Interner Kontrollrahmen,
- unternehmensinterne Berichterstattung und
- Funktion der Überwachung der Einhaltung der Anforderungen (Compliance-Funktion).

Es setzt sich aus der Gesamtheit der dokumentierten Verfahren und den hierin enthaltenen Risiken, Kontrollen, Verantwortlichkeiten und Kommunikationswegen zusammen.

B.4.1. Verwaltungs- und Rechnungslegungsverfahren

Die Verwaltungsverfahren der DIREKTE LEBEN Versicherung AG dienen dem reibungslosen Ablauf der Geschäftsprozesse. Entsprechende Beschreibungen finden sich z.B. in Organigrammen, Arbeitsanweisungen, Handbüchern, Stellenbeschreibungen sowie in den Anweisungs- und Zeichnungsbefugnissen. Die zentralen Geschäftsprozesse sind inklusive ihrer wesentlichen Risiken und Kontrollen visualisiert und dokumentiert.

Die Rechnungslegungs- bzw. Bilanzierungsverfahren, welche die handelsrechtlichen Regelungen zu Ansatz, Bewertung und Ausweis von Geschäftsvorfällen beinhalten, sind ebenfalls in Form von Arbeitsanweisungen abgebildet.

B.4.2. Interner Kontrollrahmen

Zur Schaffung eines angemessenen und wirksamen Kontrollumfelds sind die Organisationsstruktur, das Risikomanagementsystem und das Informationssystem so aufeinander abgestimmt, dass jede Organisationseinheit die von ihr zu verantwortenden Risiken kennt und entsprechende interne Kontrollen einrichtet. Jede Organisationseinheit trägt dafür Sorge, dass die jeweiligen Aufgaben in

Kenntnis der aktuellen Branchen- und Berufsstandards erledigt werden. Die Vorstände der DIREKTE LEBEN Versicherung AG fördern vor diesem Hintergrund die Weiterbildung sowie die aktive Mitwirkung in entsprechenden Gremien.

Angemessene und wirksame interne Kontrollen werden durch die Prozesseigner und Linienverantwortlichen in Abhängigkeit der jeweiligen Risiken eingerichtet. Hierzu zählen auch interne Kontrollen zur Sicherstellung, dass die Bewertung von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten im Hinblick auf die Einhaltung der Anforderungen von Art. 75 der Solvency II Richtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) angemessen ist.

B.4.3. Unternehmensinterne Berichterstattung

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG hat ein Informations- und Kommunikationssystem eingerichtet, das sicherstellt, dass risikorelevante Informationen frühzeitig an die entsprechenden Adressaten gelangen.

B.4.4. Compliance-Funktion

B.4.4.1. Aufgaben

Die einzelnen Zuständigkeiten der Compliance-Funktion ergeben sich aus den aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Aufgaben. Sie umfassen die Überwachungsfunktion, die Beratungsfunktion, die Frühwarnfunktion und die Risikokontrollfunktion. Zu den Aufgaben zählt weiter die Erstellung des Compliance-Plans.

Die Zuständigkeiten, Befugnisse und Berichtspflichten sind in der Leitlinie für die Compliance-Funktion geregelt.

B.4.4.2. Organisation

Unabhängigkeit

Die delegationsfeste Letztverantwortung für die Compliance liegt beim Gesamtvorstand. Die Compliance-Funktion ist im Bereich Recht und Compliance als Stabsstelle organisiert und hat so direkten Zugang zu allen Vorstandsmitgliedern. Sie untersteht somit der Letztverantwortung des Gesamtvorstandes. Durch diese Organisationsstruktur ist gewährleistet, dass die Compliance-Funktion ihre Aufgaben frei von Einflüssen erfüllen kann, die sie daran hindern könnten, ihre Aufgaben objektiv und unabhängig wahrzunehmen.

Zusammenarbeit

Die Compliance-Funktion arbeitet eng mit den anderen Governance-Funktionen (Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion und Interne Revision) zusammen. Zu diesem Zweck finden quartalsweise und bei Bedarf Ad-hoc-Besprechungen statt, zudem werden alle Berichte der Governance-Funktionen wechselseitig zur Information überlassen.

B.4.4.3. Befugnisse

Die Compliance-Funktion besitzt die aufsichtsrechtlich vorausgesetzten Befugnisse. Sie kann aus eigener Initiative ungehindert mit jedem Personalangehörigen kommunizieren und verfügt über uneingeschränkten Zugang zu allen für die Ausübung ihrer Zuständigkeiten benötigten einschlägigen Informationen.

B.5. Funktion der Internen Revision

B.5.1. Aufgaben und Umsetzung der Internen Revision

Die Interne Revision erbringt unabhängige und objektive Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, Mehrwerte zu schaffen und die Geschäftsprozesse zu verbessern. Sie unterstützt die Organisation bei der Erreichung ihrer Ziele, indem sie mit einem systematischen und zielgerichteten Ansatz die Effektivität des Risikomanagements, der Kontrollen und der Führungs- und Überwachungsprozesse bewertet und diese verbessern hilft.

Dementsprechend ist die Interne Revision eine Schlüsselfunktion zur Prüfung der gesamten Geschäftsorganisation einschließlich der ausgegliederten Bereiche und Prozesse, der Arbeitsweise, Wirksamkeit und Effizienz des Internen Kontrollsystems und aller anderen Elemente des Governance-Systems. Sie wirkt zudem prüferisch und koordinierend an der regelmäßigen Überprüfung des Governance-Systems mit. Die Tätigkeitsfelder der Internen Revision ergeben sich in erster Linie aus dem Prüfungsuniversum für die Stuttgarter Versicherungsgruppe, aus dem Mehrjahresplan und aus der jährlichen Prüfungsplanung. Beratungstätigkeiten sowie Ad-hoc- und Sonderprüfungen werden von der Internen Revision in Abstimmung mit einzelnen Vorstandsmitgliedern oder mit dem Gesamtvorstand durchgeführt.

Die Interne Revision verfügt über ein uneingeschränktes Prüfungsrecht. Sämtliche Grundlagen für die Revisionstätigkeit richten sich nach der Leitlinie für die Interne Revision.

Die Verantwortung für die Einrichtung und die Funktionsfähigkeit obliegt dem gesamten Vorstand. Die Interne Revision ist ein Instrument des Gesamtvorstandes, sie ist dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt.

B.5.2. Grundsatz der Unabhängigkeit und Objektivität

Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr. Sie ist insbesondere bei der Prüfungsplanung, Durchführung von Prüfungen, Berichterstattung und bei der Wertung der Prüfergebnisse keinen Weisungen unterworfen. Das Direktionsrecht des Vorstandes zur Anordnung von zusätzlichen Prüfungen steht der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der Internen Revision nicht entgegen. Einschränkungen oder Beeinflussungen sind dem Vorstand unverzüglich zu melden.

Die Interne Revision darf grundsätzlich nicht mit revisionsfremden Aufgaben betraut werden. Auf keinen Fall dürfen Aufgaben wahrgenommen werden, welche mit der Prüfungstätigkeit nicht im Einklang stehen. Unter Wahrung der Unabhängigkeit kann die Interne Revision im Rahmen ihrer Aufgaben für den Vorstand oder im Auftrag des Vorstandes für einen Fachbereich beratend tätig werden. Die Einhaltung des Prüfungsplans geht dabei der Beratungsfunktion vor.

Mitarbeiter, die in anderen Geschäftsbereichen des Unternehmens beschäftigt sind, sind grundsätzlich nicht für Aufgaben der Internen Revision vorgesehen. Das schließt jedoch nicht aus, dass in begründeten Einzelfällen andere Mitarbeiter aufgrund ihres Spezialwissens zeitweise für die Interne Revision tätig werden. Dies schließt auch externe Berater mit ein.

Die Mitarbeiter der Internen Revision erfüllen ihre Aufgaben objektiv. Unter dem Grundsatz der Objektivität würdigt der Revisor die festgestellten Sachverhalte unter den Aspekten der Gewissenhaftigkeit und der Vollständigkeit auf umfassende, gerechte und unparteiische Art und Weise. Grundsätzlich haben die Mitarbeiter der Internen Revision jeden Vorteil, der als Beeinträchtigung der Objektivität angesehen werden kann, abzulehnen.

B.6. Versicherungsmathematische Funktion (VmF)

Im Rahmen des Governance-Systems wurde die Versicherungsmathematische Funktion eingerichtet.

B.6.1. Aufgaben und Verantwortlichkeiten

Die Aufgaben der Versicherungsmathematischen Funktion ergeben sich aus der Solvency II Richtlinie (Richtlinie 2009/138/EG) und den daraus abgeleiteten nationalen Vorschriften (insbesondere § 31 VAG) sowie aus der Solvency II Verordnung (Delegierte Verordnung 2015/35). Dies sind insbesondere:

1. Koordination und Validierung der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen
2. Stellungnahme zur generellen Zeichnungs- und Annahmepolitik
3. Stellungnahme zur Angemessenheit der Rückversicherungsvereinbarungen
4. Beitrag zur wirksamen Umsetzung des Risikomanagements
5. Berichterstattung an das Management (Gesamtvorstand)

B.6.2. Gewährleistung der Objektivität und Unabhängigkeit

Der Inhaber der VmF ist auch Leiter der Hauptabteilung Mathematik und Verantwortlicher Aktuar. Daraus könnten bei der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben Interessenkonflikte entstehen. Um dem zu begegnen, werden mögliche Interessenkonflikte grundsätzlich dem Vorstandmitglied offen gelegt, der für Fragen der Versicherungsmathematik verantwortlich ist.

Wo möglich und vor dem Hintergrund der Proportionalität vertretbar, werden Interessenkonflikte durch organisatorische Regelungen (Trennung von Verantwortlichkeiten innerhalb der Gesellschaft) vermieden. Wo dies nicht möglich ist oder mit nicht vertretbarem Aufwand verbunden wäre, wird dies in Berichten transparent gemacht und es werden geeignete Maßnahmen zur Vermeidung von Interessenskonflikten ergriffen.

B.7. Outsourcing (Ausgliederung)

B.7.1. Outsourcing-Politik

Die Outsourcing-Politik der DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist in der Leitlinie Outsourcing beschrieben. Mit dieser Leitlinie wird sichergestellt, dass die versicherungsaufsichtsrechtlichen Vorgaben auch dann eingehalten werden, wenn ein Prozess, eine Dienstleistung oder eine Tätigkeit auf einen Dienstleister außerhalb oder innerhalb der Stuttgarter Versicherungsgruppe ausgelagert wird. Die Auslagerung erfolgt gemäß eines definierten Prozessablaufs. Für den schriftlichen Vorschlag zur Auslagerung einer Funktion oder Tätigkeit wurde eine entsprechende Vorstandsvorlage entwickelt.

Die Ausgliederung von Funktionen oder Tätigkeiten, die kritisch oder wichtig sind, ist in der Leitlinie Outsourcing geregelt. Sie betrifft die unverzichtbaren Funktionen und Tätigkeiten, ohne die die Versicherungsunternehmen nicht in der Lage wären, die Leistungen für den Versicherungsnehmer zu erbringen.

Ausgehend von dem Kriterium der Unverzichtbarkeit für die Tätigkeit als Versicherungsunternehmen werden folgende Funktionen und Tätigkeiten als kritisch und wichtig angesehen:

1. Risikomanagement-Funktion
2. Versicherungsmathematische Funktion
3. Compliance-Funktion
4. Interne Revisions-Funktion
5. Verantwortlicher Aktuar

6. Vertrieb
7. Underwriting
8. Bestandsverwaltung
9. Leistungsbearbeitung
10. Rechnungswesen
11. Vermögensanlage und Vermögensverwaltung
12. IT

Bei nur teilweiser Ausgliederung erfolgt eine Einzelfallbeurteilung, ob die Teilausgliederung in den Anwendungsbereich der Leitlinie fällt. Diese Beurteilung erfolgt unter anderem abhängig von der Bedeutung der teilweise ausgegliederten Funktion oder Tätigkeit für die gesamte Funktion oder Tätigkeit sowie abhängig von der zeitlichen Dauer der geplanten Ausgliederung und des Umfangs der Inanspruchnahme des Dienstleisters.

B.7.2. Ausgliederungen von wichtigen und kritischen Funktionen oder Tätigkeiten

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG hat die Risikomanagement-Funktion, Versicherungsmathematische Funktion, Compliance-Funktion sowie Interne Revision auf die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ausgegliedert. Ebenfalls auf die Stuttgarter Lebensversicherung a.G. ausgegliedert sind folgende Funktionen und Tätigkeiten:

- Verantwortlicher Aktuar
- Vertrieb
- Rechnungswesen
- Vermögensanlage und Vermögensverwaltung
- Underwriting
- Bestandsverwaltung
- Leistungsbearbeitung

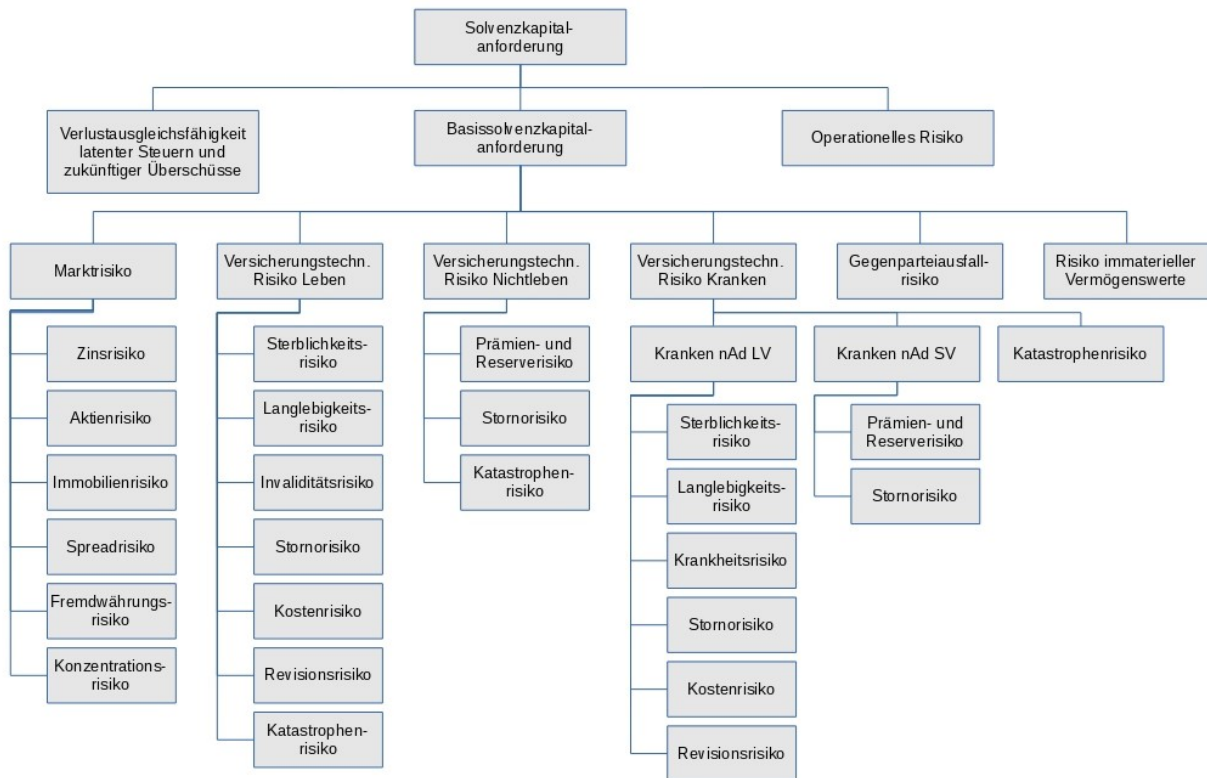
Des Weiteren ist die IT auf die Stuttgarter Versicherung Holding AG ausgegliedert.

B.8. Sonstige Angaben

Weitere wesentliche Informationen zum Governance-System liegen nicht vor.

C. Risikoprofil

In diesem Kapitel wird unser Risikoprofil erläutert. Die Struktur des Kapitels orientiert sich dabei an dem modularen Aufbau der Standardformel. In der folgenden Grafik ist der Aufbau der einzelnen Risikomodule und -submodule dargestellt.



Für die Beurteilung der Solvenzsituation ist eine Bewertung dieser Risiken erforderlich. Diese erfolgt über die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen (SCR) mit Hilfe der Standardformel. Grundsätzlich gilt dabei das „Bottom-Up“-Prinzip. Das bedeutet, dass zuerst die SCR pro Risikomodul auf unterster Ebene bestimmt und dann geeignet nach oben aggregiert werden.

Für die Berechnung des SCR wird durch die Standardformel für jedes Risikomodul ein Stressszenario definiert. Beim Immobilienrisiko ist dies zum Beispiel ein Rückgang der Immobilienpreise um 25 %, beim Langlebigkeitsrisiko eine Verringerung der Sterblichkeitsraten um 20 %. Sowohl für das Standardszenario als auch das Stressszenario werden die aus den Versicherungsverträgen entstehenden zukünftigen Zahlungsströme berechnet. Mit Hilfe dieser Zahlungsströme für Prämien, Leistungen, Kosten und weiteren Größen wird der ökonomische Wert der Verbindlichkeiten bestimmt. Als Differenz zum ökonomischen Wert der Aktiva ergibt sich der Net Asset Value (NAV). Letzteres ist der Unternehmenswert in einer ökonomischen Bewertung. Die Solvenzkapitalanforderung wird dann als der Wertunterschied des NAV im Standardszenario und im Stressszenario bestimmt. Vereinfachend können die Eigenmittel mit dem NAV gleichgesetzt werden. Das bedeutet, dass das SCR die ökonomische Auswirkung eines Szenarios auf die Eigenmittel beschreibt.

Nach Berechnung der SCR auf Untermodulebene werden diese unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten aggregiert. Dies geschieht in mehreren Schritten bis zur Basis-Solvvenzkapitalanforderung (Basis-SCR). Die gesamte Solvenzkapitalanforderung der Standardformel ergibt sich aus dem Basis-SCR erhöht um das SCR für das operationelle Risiko und angepasst um die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse.

Aus modelltheoretischer Sicht entspricht das SCR aus der Standardformel dabei dem einjährigen Value at Risk zum Sicherheitsniveau von 99,5 %. Das heißt, es wird bestimmt, wie viel Eigenmittel

zur Verfügung stehen müssen, um ein statistisch einmal in 200 Jahren auftretendes Schadenereignis auszugleichen.

In den folgenden Kapiteln wird das Risikoprofil erläutert. Dabei werden die Solvenzkapitalanforderungen in "Netto" dargestellt. Das bedeutet, dass in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung die Verlustausgleichsfähigkeit zukünftiger Überschüsse berücksichtigt wird.

Durch die Darstellung der Solvenzkapitalanforderungen in "Netto", kann es sich für manche Teilrisiken ergeben, dass die kompensatorischen Effekte das Risiko komplett auffangen. Für diese Teilrisiken werden die Solvenzkapitalanforderungen entsprechend mit Null ausgewiesen.

Die Berechnungen in den einzelnen Kapiteln erfolgt unter Verwendung der Volatilitätsanpassung (VA) sowie des Rückstellungstransitionals (RT).

C.1. Versicherungstechnisches Risiko

C.1.1. Risikoexposition

Bevor in diesem Kapitel auf das Risikoexposition des versicherungstechnischen Risikos eingegangen wird, folgt eine Aufteilung auf das versicherungstechnische Risiko Kranken und das versicherungstechnische Risiko Leben.

Dem versicherungstechnischen Risiko Kranken wird der folgende Geschäftsbereich zugeordnet:

- Krankenversicherung: Alle Verpflichtungen aus Berufsunfähigkeitsversicherungen (inkl. Erwerbsunfähigkeitsversicherungen).

Dem versicherungstechnischen Risiko Leben werden die folgenden Geschäftsbereiche zugeordnet:

- Versicherung mit Überschussbeteiligung: Alle weiteren Verpflichtungen.

C.1.1.1. Qualitative Bewertung

Unter dem versicherungstechnischen Risiko versteht man das Risiko, das sich aus Versicherungsverpflichtungen in Bezug auf die abgedeckten Risiken und die verwendeten Prozesse bei der Ausübung des Geschäfts ergibt. Das versicherungstechnische Risiko wird in sieben Kategorien unterteilt:

- Sterblichkeitsrisiko
- Langlebigkeitsrisiko
- Invaliditätsrisiko bzw. Krankheitsrisiko
- Kostenrisiko
- Stornorisiko
- Katastrophenrisiko
- Revisionsrisiko

Es werden biometrische Risiken in Form von Todesfall-, Erlebensfall- bzw. Langlebigkeits- und Invaliditätsrisiko versichert. Das Revisionsrisiko ist aufgrund unserer Produktgestaltung nicht relevant.

Das Risiko entsteht aus möglichen Abweichungen der erwarteten Zahlungen aufgrund von Todesfall oder Invalidität von den tatsächlich eintretenden Zahlungen. Dasselbe gilt für andere Aspekte, die zu Mittelabflüssen führen wie zum Beispiel Kosten.

- **Todesfallrisiko**
 Beim Todesfallrisiko besteht ein moderates Verlustpotenzial, da die Bestände breit gestreut sind und durch die kontinuierliche Verlängerung der Lebenserwartung keine Verschlechterung des Todesfallrisikos im Zeitverlauf gegenüber der Tarifikalkulation zu erwarten ist.
- **Langlebigkeitsrisiko**
 Das Langlebigkeitsrisiko weist durch die kontinuierliche Verlängerung der Lebenserwartung ein etwas erhöhtes Verlustpotential auf. Diesem Umstand wird in der Tarifikalkulation durch eine entsprechende Berücksichtigung der zukünftigen Verlängerung der Lebenserwartung Rechnung getragen.
- **Invaliditätsrisiko**
 Das Invaliditätsrisiko hat gegenüber dem Todesfallrisiko ein höheres Verlustpotential, weil das Schadenniveau in der Praxis abhängig von der konjunkturellen Entwicklung und von der Rechtsprechung ist.
- **Stornorisiko**
 Das Stornorisiko birgt erhebliches Verlustpotenzial. So muss bei einem steigenden Zinsniveau in den jüngeren Beständen mit einem dann unter Marktdurchschnitt liegenden Garantiezins von erhöhten Stornoquoten ausgegangen werden. Negative Auswirkungen auf die Ertragssituation ergeben sich vor allem durch die eventuelle Realisierung von stillen Lasten bei Verkauf von Kapitalanlagen zur Finanzierung der Rückkaufsleistung. Bei fallenden Zinsen muss hingegen in den Beständen mit hohem Rechnungszins von verringerten Stornoquoten ausgegangen werden. Dies belastet die Ertragssituation dahingehend, dass ein höherer Betrag zur Finanzierung der Zinszusatzreserve bereitgestellt werden muss, da die Effekte aus der Berücksichtigung von Storno sich verringern. Andererseits stehen dem Unternehmen dann auch höhere Bewertungsreserven auf Zinstitel zur Verfügung, da die Zinstitel bei fallenden Zinsen an Wert gewinnen. Hierdurch können die negativen Effekte teilweise abgemildert werden.
- **Kostenrisiko**
 Innerhalb des Kostenrisikos ist das Verwaltungskostenrisiko gut einschätzbar, die Verwaltungskostenergebnisse sind positiv und unterliegen nur moderaten Schwankungen. Die Abschlusskostenergebnisse sind von der Neugeschäftsentwicklung abhängig und daher stark schwankend.

Alle biometrischen Risiken, das Stornorisiko und das Kostenrisiko werden regelmäßig beobachtet, so dass auf eine möglicherweise eintretende nachteilige Entwicklung zeitnah reagiert werden könnte. Diese Auswertungen werden jährlich durchgeführt, dokumentiert und die Ergebnisse validiert.

Das Todesfallrisiko und das Invaliditätsrisiko werden zudem rückversichert. Dadurch werden die Schadenhöhen einzelner hoher Schäden auf den Selbstbehalt reduziert und die Erträge über die Zeit geglättet.

Für das Katastrophen-Risiko ist auf Basis der eigenen Versicherungsbestände keine valide Bewertung möglich, da historische Daten fehlen. Hier wird auf Erfahrungswerte der Branche aus der Vergangenheit sowie auf Facheinschätzungen und wissenschaftliche Studien (z.B. über die Auswirkungen von Pandemien auf den Versichertenbestand) von Rückversicherern zurückgegriffen.

Die Risikobewertungsverfahren haben sich während der aktuellen Berichtsperiode grundsätzlich nicht verändert.

C.1.1.2. Quantitative Bewertung

Auf Grund der Unterscheidung bei der Berechnung in versicherungstechnisches Risiko Leben und versicherungstechnisches Risiko Kranken wird auch beim Ausweis unterschieden zwischen den Risikokategorien im Bereich Kranken und Leben. Erkennbar sind die Kranken-Submodule an der Kennzeichnung KV für Krankenversicherung.

Risikokategorie Leben (in T €)	SCR zum 31.12.2017	SCR zum 31.12.2016	Veränderung
Sterblichkeitsrisiko	1.547	1.753	-206
Langlebigkeitsrisiko	130	182	-52
Stornorisiko	2.476	2.128	348
Kostenrisiko	3.333	3.860	-527
Katastrophenrisiko	163	87	76
Diversifikation	-2.047	-2.106	59
Versicherungstechnisches Risiko Leben Gesamt	5.602	5.904	-303

Risikokategorie Kranken (in T €)	SCR zum 31.12.2017	SCR zum 31.12.2016	Veränderung
KV-Sterblichkeitsrisiko	0,00	0,24	-0,24
KV-Langlebigkeitsrisiko	0,00	0,00	0,00
KV-Invaliditätsrisiko	801	952	-151
KV-Stornorisiko	141	225	-84
KV-Kostenrisiko	293	365	-72
KV-Katastrophenrisiko	510	534	-24
Diversifikation	-504	-615	112
Versicherungstechnisches Risiko Kranken Gesamt	1.242	1.461	-219

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen zum 31.12.2017 zeigt, dass für das versicherungstechnische Risiko Leben die größte Kapitalanforderung für das Kostenrisiko besteht, gefolgt vom Stornorisiko und dem Sterblichkeitsrisiko.

Das hohe Kostenrisiko resultiert unter anderem daraus, dass dieses Stressszenario alle Verträge im Bestand betrifft. Bezüglich des Stornorisikos ist zu beachten, dass dieses aus drei Szenarien berechnet wird: Massenstorno, Stornoanstieg und Stornorückgang. Maßgeblich für das Stornorisiko ist das Szenario, bei dem die größte Netto-Kapitalanforderung besteht. Zum 31.12.2017 ist das Szenario Massenstorno maßgeblich. Da der Bestand zu einem großen Teil aus Sterbegeldversicherungen besteht, spielt auch das Sterblichkeitsrisiko eine Rolle.

Im Vergleich zum Vorjahr sinkt die Solvenzkapitalanforderungen für das Sterblichkeits- und das Kostenrisiko, bedingt durch eine Reduktion der Rechnungsgrundlagen 2-ter Ordnung. Im Stornorisiko ist ein Anstieg bemerkbar, da der vom Massenstorno betroffene Bestand leicht ansteigt.

Für das versicherungstechnische Risiko Kranken besteht die größte Kapitalanforderung für das Invaliditätsrisiko, gefolgt vom Katastrophen- und Kostenrisiko. Im Bereich Kranken steht die biometrische Absicherung im Vordergrund und daher ist hier das Invaliditätsrisiko das vorherrschende Risiko. Im Vergleich zum Vorjahr sinkt die Solvenzkapitalanforderung für das Kostenrisiko. Der Grund für diese Veränderung ist analog zum Kostenstress im Bereich Leben die Reduktion der

Rechnungsgrundlagen 2-ter Ordnung. Das Katastrophenrisiko hat sich im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.

Alle anderen Risiken im versicherungstechnischen Bereich erachten wir als unwesentlich.

Zweckgesellschaften sind in der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen nicht relevant, da diese nicht vorhanden sind.

C.1.2. Risikokonzentrationen

Konzentrationsrisiken werden in der Standardformel berücksichtigt. Darüber hinaus liegen keine Konzentrationen vor. Insbesondere ist ein potentiell Konzentrationrisiko erzeugt durch Gruppenverträge auf Grund der für unsere Gesellschaft vorliegenden Größenordnungen der Gruppenverträge nicht relevant.

C.1.3. Risikominderung

Das zentrale Instrument zur Minderung versicherungstechnischer Risiken, insbesondere in Bezug auf das Risiko durch Tod und Invalidität, ist die Rückversicherung.

Für die Rückversicherung gelten folgende Grundsätze:

- Es werden nur biometrische Risiken rückversichert.
- Gruppenintern werden biometrische Risiken bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. rückversichert. Über den Selbstbehalt der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. hinausgehende Risiken werden bei den Rückversicherungspartnern dieser in Retrozession gegeben.
- Die Rückversicherer verfügen über eine gute Bonität, die mindestens einem A-Rating entspricht, und haben ihren Sitz im europäischen Währungsraum (EWR) oder in der Schweiz.
- Es werden nur Summenexzedenten-Verträge abgeschlossen.
- Zusätzlich zur gruppeninternen Rückversicherung wird ein kleiner Teilbestand direkt bei der GenRe in Rückdeckung gegeben. Die GenRe war an der Entwicklung der Tarife beteiligt und trägt nun einen Teil des biometrischen Risikos mit.
- Aufgrund der geringen Schwankungen im Risiko werden Sterbegeldversicherungen nicht in Rückdeckung gegeben.

Die getroffenen Rückversicherungsvereinbarungen stellen eine wichtige Steuerungsmaßnahme zur Reduktion der Risiken dar. Außerdem sind sie konsistent zur bestehenden Annahmepolitik. Eine geeignete Annahmepolitik, die festlegt und limitiert, welche Risiken gezeichnet werden, wirkt zusätzlich risikomindernd.

Die bestehenden Rückversicherungsvereinbarungen sind aus Gründen der Wesentlichkeit nicht in der Solvenzbilanz per 31.12.2017 abgebildet.

C.1.4. Risikosensitivitäten

Im Berichtszeitraum haben wir keine Sensitivitäten bezüglich der versicherungstechnischen Risiken durchgeführt, welche zu wesentlichen Erkenntnissen geführt haben.

C.2. Marktrisiko

C.2.1. Risikoexposition

C.2.1.1. Qualitative Bewertung

Das Marktrisiko resultiert aus dem potenziellen Wertverlust bei den angelegten Mitteln auf Grund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen.

Das Marktrisiko kann in folgende Subrisiken unterteilt werden:

- Zinsänderungsrisiko
- Aktienrisiko
- Immobilienrisiko
- Spreadrisiko
- Währungsrisiko
- Konzentrationsrisiko

Maßgeblich für das Marktrisiko vorzuhaltende Risikokapital sind die Struktur und Höhe des Kapitalanlagebestands der Gesellschaft auf Marktwertbasis.

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko betrifft alle Aktiva und Passiva der Solvabilitätsübersicht, die sensitiv auf Veränderungen in der Zinsstrukturkurve oder der Zinsvolatilitäten reagieren.

Der dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzte Rentenbestand stellt mit rund 79 % den Schwerpunkt der Kapitalanlagen der DIREKTE LEBEN Versicherung AG dar.

Mit dieser starken Gewichtung wird hauptsächlich den langfristigen versicherungstechnischen Verpflichtungen in der Lebensversicherung Rechnung getragen.

Die Passiva reagieren sensitiver auf Veränderungen des Zinsniveaus als die Aktiva. Dies liegt daran, dass die zinssensitiven Verbindlichkeiten eine höhere Duration aufweisen als die zinssensitiven Papiere der Aktivseite.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko resultiert aus ungünstigen Wertveränderungen von im Direktbestand oder in Fonds gehaltenen Aktien.

Der Fokus der Anlagestrategie liegt auf langfristig als attraktiv eingestuften Werten mit einer angemessenen Dividendenrendite unter Beachtung von Sicherheit und Liquidität, mit dem Ziel, laufende hohe Erträge zu generieren.

Immobilienrisiko

Immobilienrisiken können sich aus negativen Wertveränderungen von direkt oder über Fondsanteile gehaltene Immobilien ergeben. Diese können durch eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der Immobilie oder einen allgemeinen Marktwertverfall hervorgerufen werden.

Die Anlagestrategie im Bereich Immobilien ist auf Beteiligungen an ausgewählten Spezialfonds und Immobiliengesellschaften ausgerichtet, welche weltweit in gewerbliche und wohnwirtschaftliche Immobilien investiert sind.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko bezeichnet die Gefahr, dass sich die Renditedifferenz zwischen einer risikolosen Anleihe und einer risikobehafteten Anleihe, insbesondere auf Grund von Bonitätsänderungen der Schuldner, ändert.

Der Rentenbestand der DIREKTE LEBEN Versicherung AG beinhaltet fast ausschließlich Papiere mit einer sehr guten Rating-Einstufung. So sind rund 94 % der Titel dem Investment-Grade-Bereich zuzuordnen.

Währungsrisiko

Währungsrisiken entstehen durch Wechselkursschwankungen für die in Fremdwährung gehaltenen Kapitalanlagen.

Der Heimatmarkt für die Kapitalanlage der DIREKTE LEBEN Versicherung AG ist die Eurozone mit dem Schwerpunkt Deutschland. Nichtsdestotrotz weist die Gesellschaft ein Fremdwährungs-Exposure aus. Ein Teil dieser Bestände ist abgesichert, so dass diese nicht oder in reduziertem Maße mit Fremdwährungsrisiken behaftet sind.

Konzentrationsrisiko

Als Konzentrationsrisiko im Bereich der Marktrisiken wird das Risiko bezeichnet, das entweder aus einer unzureichenden Diversifikation der Kapitalanlagen oder aus einem hohen Exposure gegenüber einem einzelnen Kontrahenten resultiert. Gemäß der Kapitalanlagestrategie der DIREKTE LEBEN Versicherung AG sind die Kapitalanlagebestände angemessen diversifiziert. Dabei wird in Abhängigkeit der passivseitigen Verpflichtungen darauf geachtet, dass die Kapitalanlagebestände sowohl nach Assetklassen als auch nach Restlaufzeiten und geografischen Regionen gestreut sind.

Die Begrenzung des Exposures wird ebenfalls strikt umgesetzt, da eine zu starke Exponierung gegenüber einzelnen Schuldnern nachgewiesener Maßen (sowohl durch die Finanztheorie als auch durch die praktischen Beobachtungen) mittel- bis langfristig zu einer schlechteren Performance führt.

Das Konzentrationsrisiko nimmt somit bei der DIREKTE LEBEN Versicherung AG einen untergeordneten Stellenwert ein.

Risiken aus Off-Balance-Sheet Positionen

Die DIREKTE LEBEN Versicherung AG verfügt über keine Exponierungen auf Grund außerbilanzieller Positionen. Risikoübertragungen auf Zweckgesellschaften sind nicht vorhanden.

C.2.1.2. Quantitative Bewertung

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen (Netto) für die beschriebenen Subrisiken dargestellt. Durch die Aggregation der Risiken der Submodule entsteht auf Grund der Korrelation der einzelnen Risiken ein Diversifikationseffekt, der hier ebenfalls ausgewiesen ist.

Marktrisiko	SCR zum 31.12.2017 in T€	SCR zum 31.12.2016 in T€	Veränderung
Zinsänderungsrisiko	2.072	1.982	90
Aktienrisiko	5.625	1.849	3.776
Immobilienrisiko	1.871	427	1.444
Währungsrisiko	1.101	1.023	78
Konzentrationsrisiko	0	0	0
Spreadrisiko	6.195	3.907	2.288
Diversifikation	-2.874	-1.842	-1.032
gesamt	13.990	7.346	6.644

Das Marktrisiko erhöht sich insgesamt um 6.644 Tausend €. Die Erhöhung resultiert aus folgenden Subrisiken:

Der Anstieg des Aktienrisikos ist grundsätzlich auf folgende zwei Effekte zurückzuführen:

- Die Gesellschaft wendet die Übergangsmaßnahme zur Bewertung von Aktienrisiken an. Infolge dessen steigt der Risikofaktor ab 2017 sukzessive an, bis im Jahr 2023 der finale Risikofaktor erreicht wird.
- Die symmetrische Anpassung der Kapitalanforderung für Aktienanlagen (SA) hat sich gegenüber dem Vorjahr erhöht. Diese betrug zum 31.12.2016 -1,44%, zum 31.12.2017 lag dieser Wert bei +1,9%.

Das Immobilienrisiko erhöht sich in Folge der Aufstockung eines Immobilienfonds.

Hauptursächlich für den Anstieg des Spreadrisikos sind Marktwertsteigerungen, insbesondere im indirekten Bestand, sowie Veränderungen in der Ratingstruktur und Ratingsystematik.

Die wesentlichen Marktrisiken der DIREKTE LEBEN Versicherung AG sind wie folgt:

- Aktienrisiko
- Zinsänderungsrisiko
- Spreadrisiko
- Immobilienrisiko

C.2.1.3. Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht

Die Organisation unserer Kapitalanlage basiert auf dem Prinzip der Funktionstrennung. Mit der organisatorischen Aufteilung in Front-, Middle- und Back-Office wird eine erfolgreiche Anlagetätigkeit ermöglicht und gleichzeitig ein risikoadäquates Berichts- und Kontrollsystem gewährleistet.

Grundsätzlich basiert unsere Kapitalanlage auf einer einfachen, transparenten und nachvollziehbaren Strategie, welche auf Kontinuität und Qualität ausgerichtet ist. Dabei setzen wir auf das bewährte Prinzip der Mischung und Streuung.

Bei der Struktur der Kapitalanlagebestände orientieren wir uns an der Risikotragfähigkeit der Gesellschaft sowie an deren Kapitalausstattung. Des Weiteren sind die Erfordernisse unserer versicherungstechnischen Verpflichtungen und der daraus bedingten Anforderungen an den Kapitalanlagebestand von zentraler Bedeutung. Insgesamt verfolgen wir das Ziel, ein ausgewogenes Risiko-/Ertragsverhältnis zu gewährleisten.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der strategischen Anlagepolitik ist die Durchführung eines Asset-Liability-Managements. Hierzu ist ein Prozess implementiert, welcher regelmäßig die Asset- und Liability-Positionen überwacht und bewertet, um sicherzustellen, dass die Vermögensanlage gegenüber den Verbindlichkeiten und dem Risikoprofil der DIREKTE LEBEN Versicherung AG angemessen ist. Ausgehend von den Vorgaben der Risikostrategie werden unternehmensspezifische Ziel- bzw. Steuerungsgrößen festgelegt. Im Rahmen des Asset-Liability-Managements werden alle wesentlichen Risiken, die sich aus den Assets und Liabilities ergeben können sowie deren Ursachen und Wechselwirkungen identifiziert und erfasst. Bei der Risikoanalyse wird die Elastizität des Anlagebestandes in der jeweiligen Situation am Kapitalmarkt sowie die Auswirkung auf die Bedeckung der Liabilities untersucht und ein Abgleich mit der Risikotragfähigkeit der DIREKTE LEBEN Versicherung AG vorgenommen. Die Ergebnisse der ALM-Analysen und mögliche Handlungsalternativen werden im ALM-Gremium diskutiert. Eine Entscheidung über die einzuleitenden Maßnahmen obliegt den zuständigen Vorstandsmitgliedern bzw. dem Gesamtvorstand. Ein jährlicher ALM-Bericht fasst wichtige Erkenntnisse und Ergebnisse aus ALM-Sicht zusammen.

Das Management der direkt gehaltenen Kapitalanlagen erfolgt durch unternehmensinterne Spezialisten, die über die hierfür erforderliche Qualifikation und Fachkenntnisse verfügen und diese stetig weiterentwickeln. Indirekte Investments werden in der Regel extern von Kapitalanlagegesellschaften in Abstimmung mit der DIREKTE LEBEN Versicherung AG gesteuert. Auch hier ist durch Kontrollen und Plausibilitäten gewährleistet, dass die ausgegliederten Tätigkeiten überwacht und überprüft werden.

Die Steuerung des Marktrisikos erfolgt hauptsächlich über Mischung und Streuung mit dem Ziel, eine übermäßige Abhängigkeit von einem bestimmten Vermögenswert, einem Emittenten oder einer Region oder eine übermäßige Risikokonzentration im Portfolio insgesamt zu vermeiden. Durch Überwachung möglicher Konzentrationen kann diesen frühzeitig entgegengewirkt werden. Dazu sind in der Kapitalanlageleitlinie verbindliche Vorgaben in Form von Limits sowohl für die einzelnen Assetklassen als auch bei den Emittenten gesetzt. Die Quoten der Assetklassen werden auf Basis der aktuellen Risikotragfähigkeit sowie des Risikoappetits in der jährlichen Kapitalanlageplanung festgelegt und im Zuge der Risikotragfähigkeitsberechnungen überprüft.

C.2.2. Risikokonzentrationen

Das Konzentrationsrisiko wird gemäß der Solvency II-Regularien (Säule 1) ermittelt und bewertet.

Im Bereich des Marktrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2017 keine wesentlichen Risikokonzentrationen. Für weitere Informationen zum Konzentrationsrisiko wird auf Kapitel C.2.1. verwiesen.

C.2.3. Risikominderung

Risiken im Bereich der Kapitalanlage tragen wir durch eine ausgewogene Kapitalanlagepolitik Rechnung, die durch Diversifikation im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Vorschriften (Mischung und Streuung) die Zins- und Kursrisiken möglichst gering hält. Zur Risikosteuerung prüfen wir unsere Risikopositionen regelmäßig durch Hochrechnungen, Szenarioanalysen und Stresstests. Eine detaillierte Beschreibung der Steuerung des Marktrisikos ist bereits im vorstehenden Kapitel zum Grundsatz der unternehmerischen Vorsicht enthalten.

Für einzelne Subrisiken werden Risikoreduktionsmöglichkeiten situativ genutzt.

Zur Steuerung des Aktienrisikos werden bei Bedarf Absicherungsgeschäfte in Form von Put-Optionen auf Indizes und ggf. Einzelwerte getätigt, um extreme Kursverluste zu begrenzen. Diese korrelieren stark mit den Aktienbeständen der DIREKTE LEBEN Versicherung AG. Zum Stichtag 31.12.2017 befanden sich keine Derivate im Direktbestand.

Die Risiken des indirekten Immobilienbestands können gemindert werden, indem der Fremdkapitalanteil (Leverage) beim konzerneigenen Stuttgarter Immobilienspezialfonds reduziert wird.

Zur Absicherung des Währungsrisikos werden für die indirekte Kapitalanlage situativ diverse Absicherungsinstrumente, vor allem Währungsswaps, eingesetzt.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.2.4. Stresstests und Sensitivitätsanalysen

Zur Beurteilung der Sensitivität der Standardformel gegenüber Änderungen des Risikoprofils werden im Zuge der regelmäßigen unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) zum Stichtag 31.12. verschiedene Stresstests und Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Die Festlegung der Annahmen der einzelnen Szenarien erfolgt im jährlichen Turnus auf Basis der aktuellen Kapitalmarktsituation sowie anderer relevanter Rahmenbedingungen. Da die ORSA-Durchführung zeitlich auf die relevanten Unternehmensprozesse ausgerichtet ist, liegen die Analyseergebnisse zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor. Die im Folgenden beschriebenen Ergebnisse der Stresstests und Sensitivitätsanalysen basieren daher auf Erkenntnissen des Vorjahrs. Wir gehen davon aus, dass die Aussagen für den Stichtag 31.12.2017 im Wesentlichen weiterhin zutreffen.

Zum Stichtag 31.12.2016 haben wir die folgenden Stressszenarien analysiert:

- **Zinsstressszenario 1:**

Ansatz eines 10-Jahres-Swaps von 0 %, Parallelverschiebung der risikolosen Zinsstrukturkurve (mit Volatilitätsanpassung) im liquiden Bereich mit anschließender Extrapolation auf die Ultimate Forward Rate (UFR).

- **Zinsstressszenario 2:**

Verwendung der Basiszinsstrukturkurve vom 31.12.2016 mit einer reduzierten Ultimate Forward Rate (UFR) von 4,2 % auf 3,2 %.

- **Instantanes Aktien- und Immobilienstressszenario:**

Rückgang der Marktwerte der Aktien (außer strategische Beteiligungen) um 30 % sowie der Immobilien um 15 % im Best Estimate-Fall.

- **Instantaner Bonitätsstress:**

Verschlechterung der Bonität der Rententitel um eine Ratingklasse.

Wie die Ergebnisse der Stressszenarien zeigen, hätte ein weiterer Rückgang des Zinsniveaus lediglich geringe Auswirkungen auf die Gesellschaft. Grund hierfür ist die Struktur des Versicherungsbestands, der überwiegend Verträge mit kurzen Laufzeiten beinhaltet.

Eine höhere Sensitivität der Bedeckungsquote zeigt sich sowohl bei der getesteten Bonitätsverschlechterung als auch beim simulierten Rückgang der Marktwerte von Aktien und Immobilien. Gleichwohl verfügt die Gesellschaft weiterhin über eine komfortable Kapitalausstattung.

Berechnung inkl. Volatilitätsanpassung und Rückstellungstransitional	31.12.2016 in T €	Zinsstress 1 in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €	Zinsstress 2 in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €
Bedeckungsquote	967,82%	939,94%	-27,88%	975,66%	7,84%
ASM (Eigenmittel)	84.120	81.417	-2.703	83.526	-594
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	8.692	8.662	-30	8.561	-131

Berechnung inkl. Volatilitätsanpassung und Rückstellungstransitional	31.12.2016 in T €	Aktien- und Immobilien- stress in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €	Bonitäts- stress in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €
Bedeckungsquote	967,82%	826,31%	-141,51%	798,06%	-169,76%
ASM (Eigenmittel)	84.120	78.291	-5.829	84.120	0
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	8.692	9.475	783	10.540	1.848

Zum Stichtag 31.12.2016 wurden folgende Sensitivitätsanalysen durchgeführt:

- **Änderung der Asset Allokation zum Berechnungsstichtag:**

Minimierung der Aktienquote und Immobilienquote: Umschichtung des Direktbestands und indirekten Bestands (außer Aktienanteil von Investitionen in Infrastrukturprojekte) in Rententitel.

Wie die Ergebnisse der Sensitivitätsanalyse zeigen, ließe sich durch die Umschichtung von Aktien und Immobilien in Rententitel eine Erhöhung der Solvenzquote erreichen, die auf eine Stärkung der Eigenmittel zurückzuführen ist.

Berechnung inkl. Volatilitätsanpassung und Rückstellungstransitional	31.12.2016 in T €	Umschichtung Aktien und Im- mobilien in Rententitel in T €	Veränderung in %-Punkte bzw. in T €
Bedeckungsquote	967,82%	1042,64%	74,82%
ASM (Eigenmittel)	84.120	97.110	12.990
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	8.692	9.314	622

C.3. Kreditrisiko

C.3.1. Risikoexposition

C.3.1.1. Qualitative Bewertung

Der dem Kreditrisiko unterliegende Kapitalanlagebestand beträgt zum Stichtag 31.12.2017 rund 2 % und setzt sich wie folgt zusammen:

- Fonds-Kassenbestände,
- Derivate

- Außenstände von Versicherungsvermittlern,
- Forderungen an Versicherungsnehmer.

Gut die Hälfte des Kreditrisikos resultiert aus Fonds-Kassenbeständen von Rentenfonds, Immobilien- und Aktienfonds.

Des Weiteren ist ein wesentlicher Anteil des Kreditrisikos den Außenständen von Versicherungsvermittlern zuzurechnen.

Die dem Kreditrisiko unterliegenden Derivate dienen zur Absicherung von Aktien- sowie Währungsrisiken. Auf Grund ihres geringen Umfangs sind sie für das Kreditrisiko von untergeordneter Bedeutung ebenso wie die Risiken aus Forderungen an Versicherungsnehmer.

C.3.1.2. Quantitative Bewertung

In der folgenden Tabelle sind die Solvenzkapitalanforderungen (Netto) für die beschriebenen Subrisiken dargestellt. In Abhängigkeit von der Art der Risikoexponierung sind die Kreditrisiken in die Kategorien Typ 1 und Typ 2 eingeteilt. Unter Typ 1 werden Fonds-Kassenbestände, Sichteinlagen bei Kreditinstituten sowie Derivate gefasst. Alle anderen Risikoexponierungen sind Typ 2 zugeordnet. Durch die Aggregation der Risiken der Submodule entsteht auf Grund der Korrelation der einzelnen Risiken ein Diversifikationseffekt, der hier ebenfalls ausgewiesen ist.

Kreditrisiko	SCR zum 31.12.2017 in T €	SCR zum 31.12.2016 in T €	Veränderung
Typ 1	36	91	-56
Typ 2	25	32	-7
Diversifikation	- 4	- 6	2
gesamt	57	117	-60

Zum Stichtag 31.12.2017 ist das Kreditrisiko rückläufig. Dies ist hauptsächlich auf eine niedrigere Fondskassenhaltung verschiedener Fonds im Vergleich zum Vorjahr zurückzuführen. Eine weitere Ursache ist darin begründet, dass die Gesellschaft zum 31.12.2017 keine Festgeldanlage aufweist.

C.3.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Kreditrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2017 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.3.3. Risikominderung

Beim Kreditrisiko kommen, in Abhängigkeit der Gegenpartei, differenzierte Risikominderungstechniken zur Anwendung.

Bei Forderungen gegenüber Vermittlern wird das Kreditrisiko über eine entsprechende Sicherheitenregelung reduziert, während Darlehensforderungen u.a. mittels Pfandrechten abgesichert sind.

Den Außenständen bei Versicherungsnehmern wird mit einem umfangreichen Mahnwesen begegnet.

Zur Steuerung des Kreditrisikos der Sichteinlagen bei Kreditinstituten ist die Liquidität auf die zwei Hausbanken LBBW und Commerzbank aufgeteilt, die alle eine gute Bonität aufweisen. Die Risikominderung erfolgt über die Limitierung der Tagesgeldbestände auf 50.000 Tausend €.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.3.4. Sensitivitätsanalysen

Wie die Solvenzberechnungen zeigen, ist das Kreditrisiko für die Gesellschaft von untergeordneter Bedeutung. Zum Stichtag 31.12.2017 resultieren lediglich 0,1 % des SCR aus dem Kreditrisiko. Die Sensitivität der Solvenzkapitalanforderung bei Veränderungen des Kreditrisikos ist daher als äußerst gering zu bezeichnen. Vor dem Hintergrund der Proportionalität wird auf die Durchführung von Sensitivitätsanalysen oder Stresstests für diese Risikokategorie verzichtet.

C.4. Liquiditätsrisiko

C.4.1. Qualitative Bewertung

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, den finanziellen Verpflichtungen im Leistungsfall nicht nachkommen zu können. Ursächlich kann zum einen eine mangelnde Fungibilität der Vermögensanlagen sein, das heißt das Unvermögen, Kapitalanlagen und andere Vermögenswerte bei Bedarf in angemessener Zeit in Geld umzuwandeln. Zum anderen besteht das Risiko darin, dass auf Grund mangelnder Marktliquidität Finanzmarktgeschäfte nur zu einem schlechteren Preis als erwartet abgeschlossen werden können.

Die Gesellschaft verfügt über ein effektives Liquiditätsmanagement, mit dem sichergestellt wird, dass fällige Verpflichtungen gegenüber Versicherungsnehmern jederzeit erfüllt werden können. Es können jedoch Liquiditätsengpässe auftreten, wenn unerwartet hohe Versicherungsleistungen zu erbringen sind z. B. im Rahmen von Massenstorni. Dadurch kann ein Zwang entstehen, Vermögenswerte kurzfristig unter Wert zu verkaufen.

Auf Grund der hohen Fungibilität der Kapitalanlagen besteht zum Stichtag 31.12.2017 kein Liquiditätsrisiko. So sind rund 50 % der Vermögenswerte der DIREKTE LEBEN Versicherung AG sofort und ohne Kursabschläge veräußerbar. Dies wird als angemessene Reserve angesehen, um eventuelle Liquiditätsengpässe auszugleichen.

Das Risiko einer erzwungenen Veräußerung von Vermögenswerten ist daher derzeit nicht gegeben. Es ist also nicht erforderlich, für das Liquiditätsrisiko Risikokapital vorzuhalten.

C.4.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Liquiditätsrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2017 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.4.3. Risikominderung

Dem Liquiditätsrisiko wird mit einem umfassenden Liquiditätsmanagement begegnet, welches zur Steuerung der ein- und ausgehenden Zahlungsströme dient, mit dem Ziel, die Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern permanent sicherzustellen.

Die Deckung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs wird durch tägliche Dispositionsprüfung der Tagesgeldkonten sichergestellt. Des Weiteren erfolgt für den rollierenden Zeitraum von einem Jahr eine Prognose der Liquidität unter der Annahme normaler Geschäftsbedingungen, welche monatlich aktualisiert wird.

Zur Sicherstellung der langfristigen Liquidität dient der Finanzierbarkeitsnachweis. Dabei werden auf Basis des aktuellen Versicherungsbestands und realistischer Annahmen versicherungstechnische Cashflows ermittelt, die eine langfristige Planung der Liquidität aus der Versicherungstechnik ermöglichen.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.4.4. Sensitivitätsanalysen

Zur Bewertung des Risikos eines unerwarteten Mittelabflusses wird ein erhöhter Liquiditätsbedarf auf Grund vermehrter Todesfälle oder Rückkäufe betrachtet. Dazu wird, auf Basis unternehmenseigener Vergangenheitsdaten und unter der Annahme einer Normalverteilung, der Liquiditätsbedarf im 99,5 %-Quantil für einen einjährigen Zeitraum bestimmt.

Vierteljährlich erfolgt ein Abgleich des so ermittelten erhöhten Liquiditätsbedarfs mit den liquiden Assets zum Quartalsultimo.

Als Ergebnis dieses Liquiditätsstresstests wurde zum Stichtag 31.12.2017 eine Überdeckung von 88 % erreicht.

C.4.5. Einkalkulierter erwarteter Gewinn bei künftigen Prämien

Im Rahmen der Ermittlung der Überschüsse der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten wird die Eigenmittelposition EPIFP (Expected Profits Included in Future Premiums) bestimmt und ausgewiesen. Dazu werden die versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge berechnet unter der Annahme, dass die für die Zukunft erwarteten Prämien für bestehende Versicherungsverträge nicht gezahlt werden. Als Differenz zu den im Best-Estimate-Fall berechneten versicherungstechnischen Rückstellungen ohne Risikomarge ergibt sich dann der bei künftigen Prämien einkalkulierte Gewinn.

Im Niedrigzinsumfeld kann die Zinsanforderung an die zukünftigen Beiträge diese Gewinne übersteigen. In diesem Fall entstehen Verluste, welche wir als negative Gewinne ausweisen.

Dieser zukünftige erwartete Gewinn ist in den berechneten Eigenmitteln enthalten. Zum Stichtag 31.12.2017 beträgt der EPIFP 7.418 Tausend €.

C.5. Operationelles Risiko

C.5.1. Risikoexposition

C.5.1.1. Qualitative Bewertung

Das Operationelle Risiko beinhaltet Risiken, die im Zusammenhang mit der internen Organisation, Mitarbeitern, Technik oder Externen - wie z. B. Versicherungsnehmer, Vermittler, Dienstleister - stehen. Des Weiteren sind dieser Risikokategorie auch Rechtsrisiken zugeordnet, welche durch ständige Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert einnehmen und derzeit den größten Anteil an dieser Risikokategorie stellen.

Hauptrisikotreiber für das Operationelle Risiko sind die Rechtsrisiken. Rund 63 % des für diese Risikokategorie vorzuhaltenden Risikokapitals resultieren aus Risiken, die auf Grund für die DIREKTE LEBEN Versicherung AG nachteiliger Rechtsprechung entstehen können. Ein weiterer wesentlicher Risikotreiber stellen die Mitarbeiter der Gesellschaft dar, welche rund 22 % der Operationellen Risiken verursachen. Hierunter fallen in erster Linie Verstöße gegen interne und externe Vorgaben sowie Bearbeitungsfehler.

C.5.1.2. Quantitative Bewertung

Das quantitative Bewertungsverfahren der Operationellen Risiken ist in Kapitel B.3.2.2. beschrieben.

Das SCR für das Operationelle Risiko beträgt zum Stichtag 31.12.2017 insgesamt 1.428 Tausend € (Vorjahr 1.407 Tausend €).

C.5.2. Risikokonzentration

Auf Grund der starken Gewichtung des Hauptrisikotreibers des Operationellen Risikos besteht zum Stichtag 31.12.2017 eine Risikokonzentration hinsichtlich der Rechtsrisiken.

C.5.3. Risikominderung

Zur Minimierung der Operationellen Risiken verfügt die DIREKTE LEBEN Versicherung AG über ein ausgeprägtes internes Kontrollsystem. Durch Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen und Plausibilitätsprüfungen werden die Risiken schädigender Handlungen reduziert und Fehler vermieden. Im Bereich Datenverarbeitung bestehen zur Reduzierung der Risiken umfassende Schutzvorkehrungen, wie z.B. Berechtigungskonzepte, Firewalls und Antivirenmaßnahmen, die laufend aktualisiert und weiterentwickelt werden.

Des Weiteren erfolgt die Risikosteuerung der Rechtsrisiken mittels laufender Beobachtung der aktuellen Entwicklungen durch die Rechtsabteilung sowie durch die Mitarbeit in Gremien und Verbänden.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.5.4. Sensitivitätsanalysen

Das Operationelle Risiko der DIREKTE LEBEN Versicherung AG resultiert aus einer Vielzahl an Einzelrisiken und weist ein breites Spektrum an Risikoursachen auf. Es reagiert wenig sensitiv auf Veränderungen der Subrisiken, die sich im Zusammenhang mit interner Organisation, Menschen, Technik sowie externen Faktoren ergeben.

Eine hohe Sensitivität des Operationellen Risikos besteht gegenüber dem Hauptrisikotreiber, den Rechtsrisiken. Gemäß Expertenschätzung kann insbesondere eine für die Gesellschaft nachteilige Rechtsprechung hinsichtlich des Versicherungsvertragsrecht einen hohen finanziellen Schaden verursachen.

Das Operationelle Risiko ist für die DIREKTE LEBEN Versicherung AG insgesamt von untergeordneter Bedeutung. Der Risikokapitalbedarf der Gesellschaft reagiert daher wenig sensitiv auf Veränderungen der operationellen Einzelrisiken.

C.6. Andere wesentliche Risiken

Hierunter werden Reputationsrisiken, strategische Risiken sowie sonstige Risiken gefasst.

Reputationsrisiken und strategische Risiken sind dadurch charakterisiert, dass eine Quantifizierung nicht oder nur teilweise möglich ist und Steuerungsmaßnahmen lediglich in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Sie werden bei der Solvenzkapitalanforderung nach Solvency II nicht berücksichtigt. Da sie aber auf Grund ihres Schadenpotenzials erhebliche Auswirkungen auf die Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben können, ist eine qualitative Berücksichtigung in der unternehmensindividuellen Risikobewertung unerlässlich.

C.6.1. Reputationsrisiko

C.6.1.1. Qualitative Bewertung

Unter dem Reputationsrisiko wird die Beschädigung des Rufes als Versicherungsunternehmen in Folge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit verstanden. Dieses Risiko spielt auch auf Gruppenebene eine Rolle, da die Rufschädigung einer Gesellschaft negative Auswirkungen auf andere zur Versicherungsgruppe gehörende Unternehmen haben kann (Ansteckungsgefahr).

Reputationsrisiken können zwar grundsätzlich im gesamten Unternehmen entstehen, treten jedoch verstärkt in Fachbereichen mit repräsentativen Aufgaben oder direktem Kundenkontakt auf.

Insbesondere für den Direktvertrieb ist eine gute Unternehmensreputation unerlässlich und wesentliche Voraussetzung für den Vertriebs Erfolg. Eine ausgeprägte Serviceorientierung, professionelle Öffentlichkeitsarbeit sowie verbindliche Unternehmensleitlinien tragen dabei zur Risikosteuerung bei. Ein weiterer Erfolgsfaktor liegt im Vertrauen der Versicherungsnehmer in das Unternehmen, welches wiederum im hohen Maße von der Unternehmensreputation geprägt wird. Das Vertrauen von Kunden und Geschäftspartnern kann durch Regelverletzungen geschädigt werden.

C.6.1.2. Risikokonzentration

Im Bereich des Reputationsrisikos bestehen zum Stichtag 31.12.2017 keine wesentlichen Risikokonzentrationen.

C.6.1.3. Risikominderung

Insgesamt wird das Reputationsrisiko der DIREKTE LEBEN Versicherung AG durch das bestehende Compliance-System begrenzt, welches den organisatorischen Rahmen für ein rechtskonformes Verhalten der Gesellschaft sowie der für die Gesellschaft handelnden Personen schafft. Dem Thema Datenschutz wird dabei eine besondere Bedeutung zugemessen, da ein unsachgemäßer Umgang mit personenbezogenen Daten und IT-Anwendungen das Ansehen der Gesellschaft erheblich gefährden kann.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.6.1.4. Sensitivitätsanalysen

Für das Reputationsrisiko werden keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

C.6.2. Strategisches Risiko

C.6.2.1. Qualitative Bewertung

Das Strategische Risiko ist das Risiko, das sich aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergibt. Dies kann aus falschen strategischen Grundsatzentscheidungen, einer inkonsequenten Strategieumsetzung oder der Unterlassung einer Strategieanpassung an geänderte Rahmenbedingungen resultieren. Ein Strategisches Risiko kann sich auch als Ansteckungsrisiko auf andere Gesellschaften der Versicherungsgruppe ausweiten. Es ist daher notwendig, bei strategischen Entscheidungen auf Einzelunternehmensebene stets auch Gruppenaspekte zu berücksichtigen.

Aus den Grundsatzentscheidungen, welche in der Geschäftsstrategie der Gesellschaft definiert sind, erwachsen folgende Risiken:

Das strategische Ziel der Entwicklung und Realisierung innovativer Produkte für die Vertriebspartner der DIREKTE LEBEN Versicherung AG erfordert einen hohen Investitionsaufwand - insbesondere bei der Produkt- und Softwareentwicklung -, ohne dass eine Erfolgsgarantie am Markt gegeben ist. Um dieses allgemeine unternehmerische Risiko zu reduzieren, bestehen ein enger Austausch mit den Vertriebspartnern sowie ein intensiver Dialog mit verschiedenen Zielgruppen. Dadurch wird ein frühzeitiges Erkennen der Bedürfnisse und Trends am Markt ermöglicht. Zudem werden vor der Realisierung Kosten-Nutzen-Betrachtungen sowie Wettbewerbsvergleiche angestellt. Die Überprüfung von Business Cases stellt ebenfalls ein Controllinginstrument dar, um das Risiko zu begrenzen.

Die auf Grund der Unternehmensgröße der Gesellschaft begrenzten Budget-/Investitionsmöglichkeiten setzen den Rahmen für den Einsatz moderner Technologien zur Kosten- und Prozessoptimierung. Ferner ist die Nutzung von Skalen- und Verbundeffekten nur eingeschränkt möglich. Die Risikobegrenzung erfolgt mittels sorgfältiger Investitionsplanung sowie dem Controlling mehrjähriger Budgets.

Zur allgemeinen Risikosteuerung wird regelmäßig überprüft, ob die strategischen Ziele mit der entwickelten Geschäftsstrategie optimal erreicht werden können. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf die eingesetzten Ressourcen sowie die strategierelevanten Unternehmensprozesse gelegt. Des Weiteren erfolgt eine laufende Beobachtung der externen und internen Rahmenbedingungen, um notwendige Strategieanpassungen frühzeitig zu erkennen. Die Balanced Scorecard als das oberste strategische Steuerungstool wird regelmäßig überprüft und ggf. aktualisiert sowie laufend an den Vorstand und Aufsichtsrat berichtet.

C.6.2.2. Risikokonzentrationen

Aus der Geschäftsstrategie erwachsen folgende Risikokonzentrationen für die Gesellschaft:

Die Vertriebsaktivitäten der DIREKTE LEBEN Versicherung AG konzentrieren sich auf unterschiedliche Zielgruppen. Dazu zählen:

- Kooperationspartner wie gesetzliche Krankenkassen oder Unternehmen (Mitarbeiter, Mitglieder und Kunden)
- Spezialvermittler (Annexprodukte)
- Digitale Vermittler (Insuretechs)
- Vergleichsplattformen
- Vertriebspartner der SLV und SVA

Durch die Intensivierung bestehender Geschäftsbeziehungen und die Erweiterung auf digitale Vertriebswege soll das Wachstumspotenzial erhöht und das Risiko von Bestandsrückgängen minimiert werden. Angeboten werden einfache DLV-Produkte bzw. besondere Produkte für den digitalen Verkauf.

C.6.2.3. Risikominderung

Die Maßnahmen zur Risikominderung der Strategischen Risiken sind in den Kapiteln C.6.3.1. und C.6.3.2. beschrieben.

Die angewandten Risikominderungsmaßnahmen sehen wir insgesamt als effektiv an.

C.6.2.4. Sensitivitätsanalysen

Für das Strategische Risiko werden keine Sensitivitätsanalysen durchgeführt.

C.7. Sonstige Angaben

Keine sonstigen Angaben.

D. Bewertung für Solvabilitätszwecke

D.1. Vermögenswerte

Grundsätzlich werden für die Zeitwertermittlung gemäß Solvency II die Vorgaben aus den Durchführungsbestimmungen, den Technischen Spezifikation von EIOPA und den zusätzlichen Erläuterungen der BaFin berücksichtigt.

Nachfolgend sind Klassen von Vermögenswerten und ihr Ansatz- bzw. Bewertungsgrundlage dargestellt.

Vermögenswerte	Bewertungsgrundlage
Finanzaktiva	
Latente Steueransprüche	IAS 12
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	fortgeführte Anschaffungskosten
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	Fair Value
Aktien	Fair Value
Staatsanleihen	Fair Value
Unternehmensanleihen	Fair Value
Strukturierte Schuldtitel	Fair Value
Organismen für gemeinsame Anlagen	Fair Value
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	Nominalwert
Policendarlehen	Nominalwert
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	fortgeführte Anschaffungskosten
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	fortgeführte Anschaffungskosten
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	Nominalwert
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	Nominalwert

Veränderungen der verwendeten Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der Finanzaktiva fanden während des Berichtszeitraums nicht statt. Die verwendeten Methoden werden in regelmäßigen Abständen überprüft.

Zusätzlich zur Angabe der Bewertungsgrundlagen liefert nachstehende Tabelle einen Überblick über die verwendeten Bewertungsmethoden:

Vermögenswerte in T €	Mark to Market	Mark to Model	Sonstige Methoden	Gesamt
Finanzaktiva				
Latente Steueransprüche	0	0	7.007	7.007
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	0	0	1	1
Immobilien	0	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	0	0	0	0
Aktien	22.167	10.463	0	32.630
Staatsanleihen	52.116	57.036	0	109.152
Unternehmensanleihen	56.073	91.787	0	147.859
Strukturierte Schuldtitel	0	15.580	0	15.580
Organismen für gemeinsame Anlagen	112.906	0	0	112.906
Derivate	0	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmittel-äquivalenten	0	0	0	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	0	0	0	0
Policendarlehen	0	2.009	0	2.009
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	0	0	0	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	0	0	0	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	0	0	0	0
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	0	0	800	800
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	0	0	356	356
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.553	0	0	1.553
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	0	0	1.279	1.279
Gesamt	244.816	176.874	9.443	431.132

Zum 31.12.2017 hielt die Gesellschaft keine Immobilien im Direktbestand. Unter dem Bilanzposten „Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf“ wurden lediglich Sachanlagen für den Eigenbedarf ausgewiesen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wird für notierte Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen. Bei den nicht-notierten Aktien werden die Zeitwerte entsprechend der EIOPA Technical Specification als Finanzinstrumente mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Wert verwendet.

Die Zeitwerte der nach HGB zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem eigenen Bewertungsmodell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und dazugehörigen Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei den sonstigen Aktiva gibt es keinen entsprechenden Zeitwert daher wird aus Maßgeblichkeitsgründen der zugrunde gelegte Buchwert verwendet.

Die nachstehende Tabelle stellt die bestehenden Unterschiede in der Bewertung von Vermögenswerten nach Solvency II und HGB dar:

Vermögenswerte in T €	Solvency II-Zeitwert	HGB Buchwert	Abweichung
Finanzaktiva			
Latente Steueransprüche	7.007	0	7.007
Immobilien und Sachanlagen für den Eigenbedarf	1	1	0
Immobilien	0	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen	0	0	0
Aktien	32.630	22.157	10.473
Staatsanleihen	109.152	89.117	20.035
Unternehmensanleihen	147.859	133.215	14.644
Strukturierte Schuldtitel	15.580	12.000	3.580
Organismen für gemeinsame Anlagen	112.906	99.481	13.425
Derivate	0	0	0
Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten	0	0	0
Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge	0	0	0
Policendarlehen	2.009	2.009	0
Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen	0	0	0
Sonstige Darlehen und Hypotheken	0	0	0
Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen	0	682	-682
Forderungen gegenüber Rückversicherern	0	0	0
Depotforderungen	0	0	0
Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern	800	1.906	-1.106
Forderungen (Handel, nicht Versicherung)	356	356	0
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente	1.553	1.553	0
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte	1.279	5.950	-4.671
Gesamt	431.133	368.427	62.706

Zum 31.12.2017 betrug die Differenz zwischen den Vermögenswerten der Solvabilitätsübersicht und der HGB-Bilanz in der Summe rund 62.706 Tausend €.

Nachfolgend sind die wesentlichen Bewertungsunterschiede der Kapitalanlagenklassen erläutert.

Die Bewertung latenter Steuern basiert auf temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten jedes einzelnen Vermögensgegenstands und jeder einzelnen Verbindlichkeit in der Solvency II-Bilanz und den in einer Bilanz für Steuerzwecke zugeordneten Werten.

Der unterschiedliche Ansatz der Staats- und Unternehmensanleihen sowie strukturierter Produkte beruht im Wesentlichen auf zwei Effekten. Zum einen wurden in der Solvabilitätsübersicht die Zeitwerte ausgewiesen und zum zweiten wurden bei den Zeitwerten gem. Artikel 75 der Solvency II-Richtlinie die Stückzinsen berücksichtigt. Insgesamt betrug die Differenz rund 38.259 Tausend €, wovon 4.671 Tausend € auf die Stückzinsen und 33.588 Tausend € auf den Unterschied zwischen

den Zeit- und HGB-Buchwerten zurückzuführen war. Der relativ hohe Unterschied zwischen den Zeit- und Buchwerten ist dabei auf die niedrigen Zinsen zurückzuführen.

Die Direkte Leben Versicherung AG verzichtet derzeit auf einen Ausweis der passiven Rückversicherung in der Solvenzübersicht. In der HGB-Bilanz wird diese Rückversicherungsart aber berücksichtigt. Dieser unterschiedliche bilanzielle Ausweis zwischen der Solvenzübersicht und der HGB-Bilanz wird über den Posten „Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen“ in Höhe von 682 Tausend € ausgeglichen. Durch diese Vorgehensweise wird in der Solvency II-Bilanz der risikomindernde Effekt der passiven Rückversicherung konservativ außer Acht gelassen.

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer werden zu Nominalwerten bilanziert. Sie sind vermindert um die aufgrund von Einzelerhebungen und nach Erfahrungswerten der Vorjahre ermittelten Pauschalwertberichtigungen ausgewiesen. Die übrigen Aktivwerte, wie Guthaben bei Kreditinstituten, Rechnungsabgrenzungsposten und sonstige Forderungen, sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um angemessene Wertberichtigung gekürzt. Aufgrund des Fehlens eines aktiven Marktes für diese Positionen wird Wesentlichkeitshalber der beizulegende Wert des Jahresabschlusses verwendet.

Des Weiteren werden Stückzinsen in der Solvency II Bewertung den jeweiligen Kapitalanlagen direkt zugeordnet, während diese sich in der HGB Übersicht in dem Posten „Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte“ befinden.

D.2. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Solvency II ergeben sich als Summe des besten Schätzwerts (Best Estimate – BE) der versicherungstechnischen Verpflichtungen und der Risikomarge (RM).

Der BE ist ein wahrscheinlichkeitsgewichteter Durchschnitt künftiger Zahlungsströme unter Berücksichtigung des Zeitwerts des Geldes unter Verwendung der maßgeblichen risikofreien Zinsstrukturkurve. Die RM bildet die Kapitalkosten ab, die einem anderen Versicherer bei Übernahme der Verpflichtungen entstünden, da er dafür ebenfalls die regulatorischen Kapitalanforderungen stellen müsste.

Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen zum 31.12.2017 in T €	Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Best Estimate	Risikomarge	Gesamt
Klassisches Geschäft mit Überschussbeteiligung	0,00	310.398	4.706	315.105
Krankenversicherung nach Art der Leben	0,00	2.333	62	2.395
Versicherungstechnische Rückstellungen	0,00	312.731	4.769	317.500

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung für die Solvabilitätsübersicht erfolgt mithilfe des Branchensimulationsmodells (BSM) des GDV in der Version 3.1.2. Das BSM verwendet für die Bewertung einen stochastischen Simulationsansatz. Grundlage sind die unternehmensspezifischen deterministischen Bestandsprojektionen, welche nach anerkannten aktuariellen Grundsätzen ermittelt werden.

Wir ermitteln unsere versicherungstechnischen Rückstellungen pro Geschäftsbereich (LoB). Dabei teilen wir unser Geschäft auf die LoBs „klassisches Geschäft mit Überschussbeteiligung“ und „Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung“ auf.

Für die stochastische Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden als Modelleingabe simulierte Kapitalmarktpfade verwendet. Zur Erstellung dieser Kapitalmarktpfade wird ein individualisierter Szenario-Generator verwendet, welcher von der Firma Milliman entwickelt wurde. Dieser basiert auf dem ökonomischen Szenario-Generator (Economic Scenario Generator (ESG)) des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). Der ESG wird von der Gesellschaft parametrisiert und validiert und liefert als Ergebnis die Zins-, Aktien-, und Immobilienentwicklung für jeden simulierten Kapitalmarktpfad. Mit Hilfe der Software STAR-NAVI werden unrealistische, stark negative Kapitalmarktpfade ausgeschlossen und die verbleibenden Pfade neu gewichtet. Der Prozess zur Erzeugung der Kapitalmarktpfade wurde gegenüber dem Vorjahr weiterentwickelt sowie die Kriterien, nach welchen Pfade eliminiert werden, angepasst.

Das BSM projiziert pro Kapitalmarktpfad eine HGB-Bilanz mit realistischen Erwartungen bezüglich Sterblichkeit, Stornoverhalten der Versicherungsnehmer und anderen versicherungstechnischen Annahmen. Diese realistischen Annahmen werden Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung genannt. Unternehmensindividuelle Regelungen zur Überschussbeteiligung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen sind dabei im Modell abgebildet. So enthält das BSM in den Projektionen Kontrollen zur Überprüfung der aufsichtsrechtlich geforderten Mindestzuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB).

Ebenso wird der Referenzzinssatz zur Bestimmung der Zinszusatzreserve (ZZR) gemäß § 5 DeckRV ermittelt. Das BSM verwendet bei der Berechnung der ZZR im Modell ein lineares Näherungsverfahren, welches einer internen Überprüfung unterzogen wurde und als grundsätzlich angemessen bewertet wird.

Die Risikomarge als Bestandteil der versicherungstechnischen Rückstellungen nach Solvency II entspricht dem Betrag, den ein Versicherungsunternehmen zusätzlich fordern würde, um die Versicherungsverpflichtungen zu übernehmen und zu erfüllen. Die Risikomarge wird anhand der Stufe 2 (Vereinfachungsmethode 1 nach Leitlinie 62 TP¹) berechnet. Wir betrachten diese Vereinfachungsmethode als geeignet, weil sie dem Risiko und der Komplexität unseres Geschäfts angemessen ist. Die Modellierung erfolgt mit einem sogenannten Risikotreiberansatz auf Risikomodulebene.

Zur Modellierung der Geschäftspolitik werden im BSM Managementparameter eingestellt. Die wesentlichen Parameter sind:

- die Restlaufzeit der Zinstitel bei Neuanlage,
- den Zeitraum für die Verrechnung von Kapitalertragsdefiziten,
- den Mindest-, Maximal- und Zielanteil des Zinstitel- und Immobilien Portfolios am Kapitalanlagenportfolio,
- die Strategie, wie der Rohüberschuss verwendet wird, und die Zielbeteiligung der Versicherungsnehmer am Rohüberschuss,
- die Überschussdeklaration und Entnahme aus dem Schlussüberschussanteilfonds (SÜAF) und der freien RfB sowie deren Grenzen,
- den Anteil des übrigen Ergebnisses für das künftige Neugeschäft,
- das Verhalten der Versicherungsnehmer.

¹ EIOPA-BoS-14/166 Leitlinien zur Bewertung von versicherungstechnischen Rückstellungen, 2. Feb. 2015

Annahmen zu den Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung

Als Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung bezeichnet man die tatsächlich beobachteten Rechnungsgrundlagen ohne Verwendung von Sicherheitszuschlägen. Diese werden insbesondere mithilfe der beobachteten Bestandsbewegungen der letzten Jahre ermittelt.

Bei der Herleitung der Sterbewahrscheinlichkeiten wird anhand der beobachteten Todesfälle pro Teilbestand ein Faktor auf die entsprechende DAV-Sterbetafel angesetzt. Die Reaktivierungswahrscheinlichkeiten werden analog bestimmt. Die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten werden mithilfe eines Faktors auf die in der Prämienkalkulation verwendeten Tafeln abgebildet. Die Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten und die Abrufwahrscheinlichkeiten werden ebenfalls aus den Bewegungen der letzten Jahre abgeleitet.

Die Stornowahrscheinlichkeiten werden abhängig von der Laufzeit und dem Vertragsjahr, in dem storniert wurde, für mehrere Teilbestände versicherungssummengewichtet und unter Berücksichtigung von Trends ermittelt.

Die Kosten 2. Ordnung werden unterteilt in Abschluss-, Verwaltungs- und Regulierungskosten. Es werden die in den letzten Jahren tatsächlich angefallenen Kosten untersucht. Unter Berücksichtigung von Trends werden dann die Kosten als Prozentsatz auf die Beitragssumme des Neugeschäfts, als Prozentsatz auf den laufenden Beitrag oder als Stückkosten pro Vertrag abgebildet. Hierbei wird die künftige Inflation berücksichtigt.

Gegenüber dem Vorjahr wurden für die Herleitung der Abrufwahrscheinlichkeiten die betrachteten Zeiträume an die Herleitung der Stornowahrscheinlichkeiten angepasst. Für alle anderen Annahmen erfolgt die Herleitung analog zum Vorjahr.

Annahmen zu den Managementparametern

Die Managementparameter, die Eingabegrößen in das Branchensimulationsmodell sind, werden auf Basis empirischer Daten der letzten fünf Jahre hergeleitet. Sollte sich die Planung zur zukünftigen Steuerung stark von den empirischen Daten abheben, so werden die abweichenden Planansätze bei der Ermittlung der Parameter einbezogen. Bei Parametern, bei denen keine geeigneten Daten existieren, werden zur Herleitung der Parameter Expertenbefragungen herangezogen. Die Festlegung der Managementparameter wird im Gesamtvorstand diskutiert und verabschiedet.

Im Allgemeinen erfolgt die Festlegung der Managementparameter analog zum Vorjahr. Für die folgenden Parameter wurde der Herleitungsprozess gegenüber dem Vorjahr angepasst:

- der Zeitraum zur Verrechnung der Kapitalertragsdefizite,
- die Entscheidung über die Entnahme aus dem SÜAF gemäß § 140 VAG,
- der Anteil der SÜAF-Zuführung an der Deklaration,
- die Anzahl der Jahre zur Bestimmung der durchschnittlichen RfB-Zuführung,
- der Anteil des RfB-Überlaufs zur Erhöhung der Zieldeklaration.

Die Modellierung der pfad- und szenarioabhängigen Managementregeln wurde im Berichtsjahr weiter entwickelt und die Parametrisierung entsprechend angepasst. Für einzelne Managementparameter ist dadurch eine im Vergleich zum Vorjahr erweiterte pfadabhängige Parametrisierung vorgesehen.

Änderungsmanagement im Berechnungsprozess

Unsere Bewertungsmodelle liefern ein realistisches Bild der wirtschaftlichen Lage unseres Unternehmens. Dies entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, unsere Bewertungsmethoden und –annahmen konsequent weiter zu entwickeln. Insbesondere passen wir sie an Gesetzesänderungen oder unvorhergesehene wirtschaftliche Entwicklungen an. Im Folgenden beschreiben wir die wesentlichen Änderungen im Berichtszeitraum:

- Im Rahmen des Modells werden die zukünftigen Managemententscheidungen über ein Set von Parameter abgebildet. Um die Managemententscheidungen angemessen im Modell abzubilden, haben wir das Bewertungsmodell weiter verfeinert. Bereits für die letzte Berichtserstattung wurde auf die unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen in dem Sinne reagiert, dass wichtige Management-Parameter differenziert für eine gute, mittelmäßige und schlechte Kapitalmarktsituation abgebildet werden. Diese differenzierte Reaktion wurde weiter ausgebaut und eine Reaktion auf die ökonomischen Rahmenbedingungen für mehrere Risikotreiber ermöglicht. Die Abbildung der Managemententscheidungen in Stressszenarien wurde auf die Anpassung von einem Parameter in den versicherungstechnischen Stressen reduziert.
- Für die Simulation der Kapitalmarktpfade mit Hilfe des ökonomischen Szenariogenerators (ESG) werden 1500 statt 1000 Pfade erzeugt.
- Im Modell wird die Zinszusatzreserve abgebildet, indem für jede Rechnungszinsgeneration je Basispunkt und je Euro Deckungskapital ein Skalierungsfaktor auf das Deckungskapital multipliziert wird. Wir haben das Verfahren zur Bestimmung dieser Skalierungsfaktoren überprüft und die Kalibrierung verfeinert.

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellung für die Solvenzbilanz erfolgt mit Hilfe des Branchensimulationsmodells des GDV in der Version 3.1.2. Die Bewertung erfolgt im Wesentlichen analog zur verwendeten Version aus dem Vorjahr (Version 3.0). Die entscheidenden Neuerungen in Folge der Modellaktualisierung betreffen:

- Die deterministische Entwicklung der FLV auf der Passivseite muss zeitabhängig als Managementparameter vorgegeben werden. Bisher war diese im Modell fix auf 2% festgelegt.
- Die Managementparameter Neuanlage Restlaufzeit und Verrechnungszeitraum können im neuen Modell BSM Version 3.1.2 zeitabhängig vorgegeben werden.

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen

Für die Berücksichtigung der einforderbaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen unter Solvency II hat eine Vergleichsberechnung für die Muttergesellschaft inklusive Rückversicherung zum Stand 31.12.2015 gezeigt, dass diese aus Gründen der Wesentlichkeit vernachlässigt werden können. Da die Gesellschaft eine ähnliche Rückversicherungsstruktur wie die Muttergesellschaft besitzt gehen wir davon aus, dass auch hier die Nicht-Berücksichtigung der Rückversicherung in der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung und im SCR eine konservative Näherung und dem Risiko angemessen ist. Ebenso erwarten wir, dass die Effekte nicht wesentlich sind. Daher erfolgt die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen für das aktuelle Berichtsjahr ohne Berücksichtigung von Rückversicherung.

Da keine Zweckgesellschaften existieren, entstehen auch keine einforderbare Beträge gegenüber Zweckgesellschaften.

Grad der Unsicherheit

Die wesentlichen Unsicherheitsfaktoren für die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen resultieren aus den folgenden Sachverhalten:

In der Erzeugung der versicherungstechnischen Cashflows aus den Bestandsdaten werden Rechnungsgrundlagen 2. Ordnung verwendet, die mit einer gewissen Schätzunsicherheit versehen sind. Zudem fließen in der Modellierung Vereinfachungen ein. So werden etwa im Rahmen des Modells die zukünftigen Managemententscheidungen über ein Set von Parameter abgebildet.

In der Modellierung des Versicherungsnehmerverhaltens wird unterstellt, dass die Versicherungsoptionen "Storno" beziehungsweise "Kapitalwahl" finanzrational unter Berücksichtigung einer Zinstoleranz und -sensitivität wahrgenommen werden. Dadurch entsteht eine gewisse Modellunsicherheit, dass das tatsächliche VN-Verhalten auch in allen Fällen den Annahmen entspricht. Die Managementregeln zum VN-Verhalten berücksichtigen diese Unsicherheit, da nur eine gemäßigte Reaktion der Versicherungsnehmer dargestellt wird.

Die Berechnung des einkalkulierten erwarteten Gewinns bei künftigen Prämien (EPIFP) untersteht im Wesentlichen denselben Annahmen und Methoden, wie bei der Ermittlung der versicherungstechnischen Rückstellungen und damit auch den gleichen Unsicherheiten. Zusätzlich entsteht bei der Berechnung des EPIFP eine Unsicherheit dadurch, dass die Gewinne, die auf künftige Prämien zu beziehen sind, über den Barwert der Jahresüberschüsse, die durch künftige Prämien erzeugt wurden, approximiert werden.

Des Weiteren wird in der Erzeugung der ökonomischen Szenarien mit Hilfe des ESG eine Kalibrierung des Modells für einen langen Projektionszeitraum vorgenommen. Jeder dieser Aspekte trägt zur Unsicherheit in der Bewertung bei, wobei das Gesamtergebnis der Bewertung deswegen nicht unsicherer wird, da die Effekte sowohl zu Über- wie Unterschätzungen der versicherungstechnischen Rückstellungen führen.

Insgesamt halten wir den derzeitigen Modellierungsansatz für angemessen. Auch zukünftig wird die Angemessenheit der Modellierung regelmäßig validiert und bei Bedarf angepasst.

Wesentliche Vereinfachungen

Bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen wurden Vereinfachungen vorgenommen. Die wesentlichen Vereinfachungen und die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Höhe der versicherungstechnischen Rückstellungen sind im Folgenden dargestellt:

- Vollständigkeit der abgebildeten Tarife in der Projektionssoftware: Einige Tarife mit nur kleinen Beständen sind nicht in der Projektionssoftware abgebildet. Sie werden durch Skalierung der Cashflows auf Basis der HGB-Deckungsrückstellung berücksichtigt. Aus Proportionalitätsgründen und auf Grund der Homogenität des Bestandes ist diese Skalierung angemessen.
- Rückversicherung: Es wird keine Rückversicherung mit einbezogen. Es sind deshalb auch keine Ausfallrisiken der Rückversicherungspartner in den versicherungstechnischen Rückstellungen berücksichtigt. Analysen zur Überprüfung der Auswirkung der Rückversicherung auf die Solvency II Berechnung haben gezeigt, dass diese nicht wesentlich sind. Eine Vernachlässigung ist daher angemessen.

Angaben zur Volatilitätsanpassung und zum Rückstellungstransitional

Versicherungsunternehmen können mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde eine Volatilitätsanpassung der maßgeblichen risikofreien Zinskurve zur Berechnung des besten Schätzwerts vornehmen. Es wird die Volatilitätsanpassung (VA) nach Artikel 77d der Richtlinie 2009/138/EG angewendet.

Ebenso wird ein vorübergehender Abzug (Rückstellungstransitional, RT) gemäß Artikel 308d der Richtlinie 2009/138/EG verwendet.

Beim Rückstellungstransitional handelt es sich um eine Maßnahme, die bis zum 1. Januar 2032 schrittweise die versicherungstechnische Rückstellung nach Solvency I zu deren Bewertung nach

Solvency II überführt. Dabei wird zu Beginn der Übergangsphase die Differenz der versicherungstechnischen Rückstellungen beider Bewertungsansätze als Abzugsterm der Solvency II-Rückstellung hinzugefügt und im Verlauf des Übergangszeitraumes linear reduziert.

Aufgrund einer Auslegungsentscheidung der BaFin wird die Höhe des Rückstellungstransitionals aktuell überprüft. Wir rechnen mit einer Anpassung, welche sich in der Berechnung mit Rückstellungstransitional in einer moderaten Verringerung der vorhandenen Eigenmittel äußern wird. Für eine ausführlichere Erläuterung verweisen wir auf Abschnitt E.1.

Die Auswirkungen eines Wegfalls der Volatilitätsanpassung oder des Rückstellungstransitionals können der folgenden Tabelle entnommen werden:

Szenario zum 31.12.2017 in T €	Zinsstrukturkurve mit VA ohne RT	Zinsstrukturkurve ohne VA mit RT	Zinsstrukturkurve mit VA mit RT
Basiseigenmittel	62.340	87.273	87.245
Anrechenbare Eigenmittel für das SCR	62.340	87.273	87.245
Anrechenbare Eigenmittel für das MCR	62.340	87.273	87.245
versicherungstechnische Rückstellungen	353.335	317.460	317.500
SCR	12.732	12.514	12.635
MCR	5.729	5.631	5.686

Im Rahmen der Quantifizierung der Auswirkungen eines Wegfalls der Volatilitätsanpassung oder des Rückstellungstransitionals werden die Anforderungen zur Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung, des SCRs, des MCRs und der anrechenbaren Eigenmittel eingehalten. Insbesondere wurde in den Berechnungen eine Beurteilung der Werthaltigkeit des sich ergebenden Überhangs der aktiven über die passiven latenten Steuern vorgenommen.

Vergleich der Solvency II - mit der HGB-Bewertung

In der nachfolgenden Tabelle werden die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB den Ergebnissen des Bewertungsmodells gegenüber gestellt.

Stichtag 31.12.2017 in T €	HGB-Buchwert	Solvency II Zeitwert	Differenz
Klassische Versicherung	304.999	315.105	-10.106
Krankenversicherung nach Art der Leben	9.627	2.395	7.232
Gesamt	314.626	317.500	-2.874

Die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB und Solvency II unterscheiden sich deutlich. Unter HGB werden die versicherungstechnischen Rückstellungen unter Verwendung vorsichtiger Rechnungsgrundlagen und teilweise unter Verwendung eines festen Rechnungszinses berechnet. Durch die Berücksichtigung von Sicherheitszuschlägen in den verwendeten Rechnungsgrundlagen wird das Vorsichtsprinzip der HGB-Bilanzierung implizit realisiert. Unter Solvency II werden die versicherungstechnischen Rückstellungen unter der Verwendung von besten Schätzwerten als Rechnungsgrundlagen und unter Anwendung einer risikofreien Zinskurve,

zum Teil mit Berücksichtigung einer Volatilitätsanpassung, bewertet. Die in den Versicherungsverträgen enthaltenen Optionen und Finanzgarantien werden explizit bewertet. Zusätzlich wird die zukünftige Überschussbeteiligung des Versicherungsnehmers in den versicherungstechnischen Rückstellungen erfasst. Für nicht hedgebare Risiken wird eine explizite Risikomarge gestellt.

Für die klassische Versicherung entspricht die Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB in etwa der Bewertung nach Solvency II. Erhöhend wirken sich unter Solvency II vor allem die Berücksichtigung zukünftiger Überschussbeteiligungen aus, reduzierend die Umwertung der freien RfB und des SÜA-Fonds und die Anwendung des Rückstellungstransitionals. Für die Krankenversicherungen fallen die versicherungstechnischen Rückstellungen nach HGB deutlich höher aus als die Bewertung nach Solvency II. Reduzierend wirken vor allem die Verwendung der Rechnungsgrundlagen zweiter Ordnung.

D.3. Sonstige Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen nach HGB erfolgte nach den anerkannten Grundsätzen der Versicherungsmathematik mittels der sog. Projected-Unit-Credit-Methode. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die Richttafeln 2005 G von Heubeck verwendet. Folgende weitere Annahmen liegen der Bewertung zugrunde: Rechnungszinssatz p. a. 3,68 % (Vorjahr 4,00 %), Gehaltstrend p. a. 2,25 % (Vorjahr 2,25 %), Rententrend p. a. 1,00 % bzw. 1,75 % (Vorjahr 1,00 % bzw. 1,75 %), sowie 2,25 % (Vorjahr 2,25 %) für wertgesicherte Zusagen. Der Rechnungszins für die Abzinsung wurde pauschal mit einem Näherungswert des durchschnittlichen Marktzinssatzes laut Bundesbank zum 31.12.2017 angesetzt, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Bei der Ermittlung des Solvency II-Zeitwertes wird ein Näherungsverfahren angewendet. Es wird hierbei für die marktkonsistente Bewertung ein Durationsansatz verwendet. Ausgehend von dem Wert der Pensionsrückstellung nach HGB wird die Rückstellung nach Solvency II anhand eines Faktors erhöht. Der Faktor berechnet sich folgendermaßen:

$(\text{Absenkung im Rechnungszins} + \text{geschätzter Gehaltstrend}) \cdot \text{modDur}$

Die Absenkung im Rechnungszins erfolgt im Vergleich zu der nach IAS 19 geforderten Zinskurve zum Zeitpunkt der modifizierten Duration. Zum 31.12.17 wurde ein Zinssatz von 1,86 % (Vorjahr 1,75 %) angesetzt.

Es bestehen folgende Eventualverbindlichkeiten, deren Eintrittswahrscheinlichkeit als gering eingestuft wird und die deshalb nicht in der Solvabilitätsübersicht angesetzt werden.

Die Gesellschaft ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Hieraus bestehen aktuell keine Verpflichtungen.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben.

Dies entspricht einer Verpflichtung von 287 Tausend €.

Zusätzlich haben wir uns verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge.

Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds beträgt die Gesamtverpflichtung zum Stichtag 2.629 Tausend €.

Das Risiko bzgl. der oben aufgeführten Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Sicherungsfonds wird für das Jahr 2018 als gering eingestuft.

Bei Anlagen in Unternehmensbeteiligungen bestehen zugesagte, bisher nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen zum Bilanzstichtag in Höhe von 179 Tausend €. Die offenen Zusagen aus Unternehmensbeteiligungen werden in den Folgejahren erwartungsgemäß abgerufen.

Es bestehen Andienungsrechte eines Emittenten aus so genannten Multitranchen über maximal 54.000 Tausend € bis 2024, die jedoch nur zum Tragen kommen, wenn die Marktzinsen über den jeweils vereinbarten Zinssätzen liegen. Das Risiko der Andienung wird aufgrund der aktuellen Zinslage als gering eingestuft.

Die Bewertung latenter Steuern basiert auf temporären Differenzen zwischen den ökonomischen Werten jedes einzelnen Vermögensgegenstands und jeder einzelnen Verbindlichkeit in der Solvency II-Bilanz und den in einer Bilanz für Steuerzwecke zugeordneten Werten. Steuergutschriften sind nicht vorhanden. Steuerliche Verlustvorträge sind vorhanden und wurden berücksichtigt.

Alle anderen Verbindlichkeiten werden mit Ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt und der Buchwert entspricht dem Zeitwert nach Solvency II.

Veränderungen der verwendeten Ansatz- und Bewertungsgrundlagen der sonstigen Verbindlichkeiten fanden während des Berichtszeitraums nicht statt. Des Weiteren begegnen wir den Schätzungsunsicherheiten, die bei der Bewertung der sonstigen Verbindlichkeiten auftreten können, durch regelmäßige Überprüfungen und bedarfsweiser Anpassung der zu Grunde liegenden Annahmen.

In der folgenden Tabelle werden die HGB Werte der sonstigen Verbindlichkeiten den Solvency II Werten gegenübergestellt.

sonstige Verbindlichkeiten zum 31.12.2017 in T €	HGB	Solvency II	Unterschied
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	380	380	0
Rentenzahlungsverpflichtungen	2.685	3.455	770
Einlagen von Rückversicherern	31	0	-31
Latente Steuerschulden	0	21.967	21.967
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	22.405	170	-22.235
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	235	0	-235
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	370	370	0
Sonstige Verbindlichkeiten, die nicht an anderer Stelle ausgewiesen werden	45	45	0
Verbindlichkeiten insgesamt	26.151	26.387	236

D.4. Alternative Bewertungsmethoden

Angaben zu diesen Sachverhalten sind an den entsprechenden Stellen in den Kapiteln D1-D3 integriert.

D.5. Sonstige Angaben

Sämtliche wesentlichen Informationen zur Bewertung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten für Solvabilitätszwecke wurden in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt. Weitere Angaben sind an dieser Stelle nicht vorzunehmen.

E. Kapitalmanagement

E.1. Eigenmittel

Das Kapitalmanagement sowie der Kapitalmanagementplan sind entsprechend dem aufsichtsrechtlichen Grundsatz der Proportionalität angemessen im Hinblick auf Wesensart, Umfang und Komplexität der Risiken, denen wir ausgesetzt sind. Sie sind vom Vorstand verabschiedet und unterliegen einer jährlichen Prüfung, um sich gegebenenfalls an ändernde Gegebenheiten anzupassen. Die Leitlinie zum Kapitalmanagement und dem Kapitalmanagementplan ist grundsätzlich einzuhalten.

Um die aufsichtsrechtliche Vorgabe der jederzeitigen Bedeckung der Kapitalanforderungen mit anrechnungsfähigen Eigenmitteln zu gewährleisten werden regelmäßige Berechnungen durchgeführt, wie z.B. die mittelfristige Kapitalmanagementplanung. Diese Planung basiert auf der 5-Jahres-HGB-Ergebnis-Planung und leitet daraus die Entwicklung des Eigenkapitals ab. Hierbei gilt als Grundbedingung, dass die Kapitalanforderung nach Solvabilität II gedeckt sein muss. Flankiert wird dies ebenfalls durch monatliche Liquiditätsplanungen. In den Planungsprozess sind die jeweiligen Vorstände eingebunden und es erfolgt eine Information an den Aufsichtsrat.

Überleitung zu bilanziellen Eigenmitteln

Durch unterschiedliche Bewertungen und Umgliederungen bestimmter Positionen, kann vom Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten nach Solvency II zu den bilanziellen Eigenmitteln nach HGB übergeleitet werden, wie folgende Tabelle zeigt:

Werte	31.12.2017				31.12.2016
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Gesamt
	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten nach Solvency II	87.245	87.245	0	0	84.120
Überschussfonds	-19.837	-19.837	0	0	-19.163
Rückstellungstransitional	-35.835	-35.835	0	0	-38.224
Bewertungsdifferenz aus vt. Rückstellungen (exklusive RT und Überschussfonds)	58.546	58.546	0	0	62.823
Bewertungsdifferenz aus sonstigen Passiva	237	237	0	0	53
Bewertungsdifferenz aus Aktiva	-62.706	-62.706	0	0	-64.209
Bilanzielle Eigenmittel nach HGB	27.650	27.650	0	0	25.400

Die Bewertungsdifferenzen zwischen dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten nach Solvency II und den bilanziellen Eigenmitteln nach HGB ergeben sich hauptsächlich aus der dort jeweils unterschiedlichen Bewertung von Vermögenswerten und versicherungstechnischen Rückstellungen. Wie sich diese Unterschiede genau darstellen, wurde für Vermögenswerte bereits in Kapitel D.1 und für versicherungstechnische Rückstellungen in Kapitel D.2 näher erläutert.

Während der Überschussfonds unter HGB zu den versicherungstechnischen Rückstellungen zählt und damit nicht zu den bilanziellen Eigenmitteln, muss er unter Solvency II zu diesen dazu addiert werden. Das Rückstellungstransitional erhöht die Residualgröße Eigenmittel zusätzlich und ermöglicht außerdem eine schrittweise Einführung der Solvency II Bewertungsvorschriften. Andere Bewertungsdifferenzen aus den versicherungstechnischen Rückstellungen wirken diesem Effekt reduzierend entgegen. Aufgrund einer Auslegungsentscheidung der BaFin prüfen wir aktuell, ob die Höhe der Übergangsmaßnahme zu versicherungstechnischen Rückstellungen (Rückstellungstransitional) gemäß Abs. 4 VAG zu begrenzen ist. Wir rechnen mit einer Begrenzung, welche sich in einer Verringerung der vorhandenen Eigenmittel bei den Lebensversicherungsgesellschaften im Konzern äußern wird. In den aktuellen Berechnungen mit Rückstellungstransitional (RT) ist diese

Begrenzung noch nicht erfasst. Die dargestellten Quoten mit RT sind daher aktuell zu hoch. Wir werden diese Begrenzung in den Berechnungen zum 2. Quartal 2018 umsetzen.

Da die Kapitalanlagen nach Solvency II mit Marktwerten bewertet werden, ergibt sich hier eine höhere Bewertung als nach HGB, bedingt durch die dortige Bewertung nach Anschaffungskosten. Hierdurch entstehen passive latente Steuern, welche die Bewertungsdifferenz aus sonstigen Passiva beeinflussen.

Zusammensetzung, Betrag und Qualität der Eigenmittel

Nach Solvency II werden Basiseigenmittel und ergänzende Eigenmittel unterschieden. Die Basiseigenmittel ergeben sich nach Solvency II aus dem Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten abzüglich vorhersehbarer Dividenden und Ausschüttungen und zuzüglich nachrangiger Verbindlichkeiten. Die ergänzenden Eigenmittel setzen sich zusammen aus Eigenmitteln, die nicht zu den Basiseigenmitteln zählen, aber zum Ausgleich von Verlusten eingefordert werden können. Die Berücksichtigung ergänzender Eigenmittel bedarf der vorherigen Genehmigung durch die Aufsicht. Die Beantragung ergänzender Eigenmittel ist aktuell weder erfolgt noch geplant.

Zur Beurteilung, ob und in welcher Höhe Eigenmittel zur Bedeckung der Solvenzkapitalanforderung verfügbar sind („verfügbare Eigenmittel“), werden die Eigenmittel in drei Qualitätsklassen („Tiers“) eingestuft. Hierfür sind insbesondere Merkmale wie „ständige Verfügbarkeit“, „Nachrangigkeit“ und „ausreichende Laufzeit“ entscheidend. Außerdem werden Rückzahlungsanreize, sonstige Belastungen und die Abwesenheit obligatorischer laufender Kosten betrachtet. Bestimmte Anrechenbarkeitsgrenzen sind einzuhalten.

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung unserer Eigenmittel nach Solvency II nach Eigenmittelbestandteil und Tier dar.

Solvency II Eigenmittel	31.12.2017				31.12.2016
	Gesamt	Tier 1	Tier 2	Tier 3	Gesamt
	in T €	in T €	in T €	in T €	in T €
Basiseigenmittel	87.245	87.245	0	0	84.120
Gezeichnetes Kapital	4.000	4.000	0	0	4.000
Kapitalrücklage	10.998	10.998	0	0	10.998
Überschussfonds	19.837	19.837	0	0	19.163
Ausgleichsrücklage	52.410	52.410	0	0	49.958
Gesamt	87.245	87.245	0	0	84.120

Unsere Eigenmittel in Höhe von 87.245 Tausend € setzen sich wie folgt zusammen. Ein wesentlicher Bestandteil der Basiseigenmittel in Tier 1 ist der Überschussfonds von 19.837 Tausend €. Dieser dient unter den Bedingungen des § 140 VAG als Kapitalverlustausgleichsmechanismus. Das Gezeichnete Kapital in Höhe von 4.000 Tausend € und die Kapitalrücklage in Höhe von 10.998 Tausend € stellen ebenfalls Basiseigenmittel in Tier 1 dar. Wir verfügen außerdem über Gewinnrücklagen von 452 Tausend €, welche der Ausgleichsrücklage und damit ebenfalls den Basiseigenmitteln in Tier 1 zuzuordnen sind. Die Höhe des Rückstellungstransitionals von 35.835 Tausend € wird in der Ausgleichsrücklage ausgewiesen. Der Gesamtwert der Ausgleichsrücklage von 52.410 Tausend € umfasst darüber hinaus die Bewertungsdifferenzen zwischen Solvency II und HGB von 62.706 Tausend € für die Vermögenswerte abzüglich 58.782 Tausend € für die Verbindlichkeiten sowie den Bilanzgewinn in Höhe von 12.200 Tausend €.

Bedeutende Veränderungen der Eigenmittel ergeben sich hauptsächlich durch das Gegenüberstellen von Kapitalanlagen und Rückstellungen. Während des Berichtszeitraums ist es dabei zu folgenden Veränderungen von Bewertungsdifferenzen gekommen:

Die Bewertungsdifferenzen der Vermögensgegenstände resultieren im Wesentlichen aus einem unterschiedlichen bilanziellen Ausweis zwischen der Solvency II und HGB-Bilanz der Kapitalanlagen. Während in der Solvency II-Welt die Zeitwertsicht führend ist, werden in der HGB-Bilanz die Buchwerte – die sich im Wesentlichen aus den Anschaffungskosten ergeben – bilanziert. So haben im Jahr 2017 die Zeitwerte der Aktienengagements von dem allgemeinen Anstieg der Aktienmärkte profitiert, während sich bei den Rententiteln der leichte Zinsanstieg negativ auf die Entwicklung der Marktwerte ausgewirkt hat. Im Gegenzug hat sich diese allgemeine Finanzmarktentwicklung kaum auf die Buchwerte der Vermögensgegenstände ausgewirkt.

Die Bewertungsänderung der Passiva ist im Berichtszeitraum angestiegen. Dieser Anstieg resultiert hauptsächlich aus dem Zinsanstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dieser wirkt sich auf die Rententrückstellung und die Pensionsrückstellungen aus und dadurch auch auf die latenten Steuern aus diesen Positionen.

Da unsere gesamten Eigenmittel Tier 1 zuzuordnen sind, ist deren Anrechenbarkeit für MCR und SCR mit Rückstellungstransitional identisch. Aufgrund der Tiering-Struktur entsprechen die verfügbaren Eigenmittel den Basiseigenmitteln.

E.2. Solvenzkapitalanforderung und Mindestkapitalanforderung

Zur übergreifenden Sicht auf die Solvenzsituation des Unternehmens werden die Solvenzkapitalanforderung (Solvency Capital Requirement (SCR)) und die Mindestkapitalanforderung (Minimum Capital Requirement (MCR)) bestimmt.

Die Berechnung der Kapitalanforderungen nach Solvency II wird mittels Standardformel unter Verwendung des Branchensimulationsmodells (BSM) vom GDV bestimmt. Das SCR aus der Standardformel ergibt sich aus dem Basis-SCR erhöht um das SCR für das operationelle Risiko und angepasst um die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse (ZÜB). Detailliertere Informationen zur Berechnung des SCR sind in der Einleitung zum Kapitel Risikoprofil genannt.

Die Zusammensetzung unserer Solvenzkapitalanforderung zum 31.12.2017 für den maßgeblichen Fall mit Rückstellungstransitional und mit Volatilitätsanpassung ist in folgender Tabelle dargestellt.

Solvenzkapitalanforderung (in T €)	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Marktrisiko	44.941	33.772	11.169
Gegenparteiausfallrisiko	255	455	-200
Versicherungstechnisches Risiko Leben	14.367	13.625	742
Versicherungstechnisches Risiko Kranken	3.539	3.895	-356
Versicherungstechnisches Risiko Nicht-Leben	0,00	0,00	0,00
Diversifikation	-11.387	-10.812	-574
Risiko Immaterieller Vermögenswerte	0,00	0,00	0,00
Basissolvenzkapitalanforderung	51.716	40.934	10.781
Operationelles Risiko	1.428	1.407	22
Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern	-5.545	-3.814	-1.730
Verlustausgleichsfähigkeit zukünftiger Überschüsse	-34.965	-29.835	-5.130
Solvenzkapitalanforderung	12.635	8.692	3.943

Der wesentliche Treiber des SCR ist das Marktrisiko. Mit 44.941 Tausend € (Vorjahr 33.772 Tausend €) vor Diversifikation hat es einen Anteil von rund 71 % (Vorjahr 65 %) am Basis-SCR. Es folgt das versicherungstechnische Risiko Leben mit rund 23 % (Vorjahr 26 %) und das versicherungstechnische Risiko Kranken mit rund 6 % (Vorjahr 8 %). Durch Diversifikation reduziert sich das SCR

um 11.387 Tausend € (Vorjahr 10.812 Tausend €). Die auf den Risikomodulen basierende Basis-solvenzkapitalanforderung kann durch die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern und zukünftiger Überschüsse noch deutlich reduziert werden. Die dabei angesetzten zukünftigen steuerlichen Verluste wurden einer Werthaltigkeitsprüfung unterzogen.

Die Veränderung der SCRs der Risikomodule im Berichtszeitraum wird im Kapitel Risikoprofil erläutert. Das operationelle Risiko steigt leicht durch den Anstieg der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die Verlustausgleichsfähigkeit latenter Steuern erhöht sich, da das steuerlich relevante SCR im Berichtszeitraum ansteigt und damit der maximal mögliche ausgleichsfähige Betrag. Die Verlustausgleichsfähigkeit zukünftiger Überschüsse steigt ebenfalls an.

Die Mindestkapitalanforderung (Minimum Capital Requirement (MCR)) entspricht dem einjährigen Value at Risk zum Konfidenzniveau von 85 %. In der Standardformel ergibt sich die Mindestkapitalanforderung durch die Berechnung eines linearen MCRs, welches nach oben durch 45 % des SCRs und nach unten sowohl durch 25 % des SCRs als auch die absolute Untergrenze von 3,7 Millionen € begrenzt wird.

Die Komponenten für die Berechnung des linearen MCRs sind das riskierte Kapital der Lebens- oder Rückversicherungsverpflichtungen und die Netto-Rückstellungen ohne Risikomarge für:

- Garantieleistungen von Lebens- und Rückversicherungsverpflichtungen mit Überschussbeteiligung,
- zukünftige Überschussbeteiligungen aus Erstversicherung,
- Index- und fondsgebundene Lebens- und Rückversicherungsverpflichtungen,
- alle anderen Lebens- und Rückversicherungsverpflichtungen.

Die Gewichtungsfaktoren sind fest vorgegeben.

Als Quotient aus anrechnungsfähigen Eigenmitteln und Kapitalanforderung werden dann die Bedeckungsquoten nach Solvency II bestimmt. Hierbei werden bei der Berechnung folgende Fälle unterschieden:

- Verwendung von Rückstellungstransitional und Volatilitätsanpassung,
- Ausschließliche Verwendung der Volatilitätsanpassung,
- Ausschließliche Verwendung des Rückstellungstransitional.

Aus der Berechnung der Kapitalanforderungen und der Bedeckungsquoten zum 31.12.2017 ergeben sich für die genannten Fälle die folgenden Werte:

Zinsstrukturkurve mit VA mit RT	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Kapitalanforderungen			
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	12.635 T €	8.692 T €	3.943 T €
Mindestkapitalanforderung (MCR)	5.686 T €	3.911 T €	1.774 T €
Bedeckungsquoten			
Bedeckungsquote (SCR)	691%	968%	-277%
Bedeckungsquote (MCR)	1.535%	2.151%	-616%

Zinsstrukturkurve mit VA ohne RT	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Kapitalanforderungen			
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	12.732 T €	8.922 T €	3.809 T €
Mindestkapitalanforderung (MCR)	5.729 T €	4.015 T €	1.714 T €
Bedeckungsquoten			
Bedeckungsquote (SCR)	490%	645%	-155%
Bedeckungsquote (MCR)	1.088%	1.433%	-345%

Zinsstrukturkurve ohne VA mit RT	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
Kapitalanforderungen			
Solvenzkapitalanforderung (SCR)	12.514 T €	8.786 T €	3.728 T €
Mindestkapitalanforderung (MCR)	5.631 T €	3.954 T €	1.678 T €
Bedeckungsquoten			
Bedeckungsquote (SCR)	697%	946%	-249%
Bedeckungsquote (MCR)	1.550%	2.102%	-552%

In der maßgeblichen Berechnung mit Volatilitätsanpassung und mit Rückstellungstransitional betragen die Solvenzkapitalanforderungen 12.635 Tausend € (Vorjahr 8.692 Tausend €) und die Mindestkapitalanforderung 5.686 Tausend € (Vorjahr 3.911 Tausend €). Die Bedeckungsquoten zum 31.12.2017 von 691 % (Vorjahr 968 %) für das SCR und 1.535 % (Vorjahr 2.151 %) für das MCR zeigen, dass die an die Gesellschaft gestellten Kapitalanforderungen deutlich mit Eigenmitteln bedeckt sind.

Auch in den Berechnungen mit ausschließlicher Verwendung der Volatilitätsanpassung beziehungsweise mit ausschließlicher Verwendung des Rückstellungstransitional ergibt sich eine ausreichende Überdeckung.

In der aktuellen Berichtsperiode sind die Solvenzkapitalanforderungen deutlich angestiegen. In der Variante mit Volatilitätsanpassung und mit Rückstellungstransitional um rund 45 %, in den anderen beiden Varianten um rund 42 %. Im Wesentlichen resultiert dies aus dem Anstieg des Marktrisikos. Abgemildert wird dieser Anstieg durch den Anstieg der Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern. Da in der Bestimmung der Mindestkapitalanforderung die Obergrenze von 45 % des SCR maßgeblich ist, steigen die Mindestkapitalanforderungen analog zu den Solvenzkapitalanforderungen in derselben Größenordnung.

Vereinfachungen und unternehmensspezifische Parameter

Das Katastrophenrisiko im Modul Kranken wird aus Vereinfachungsgründen in einem externen Tool mittels eines konservativen Näherungsverfahrens berechnet. Die Berechnung unterteilt sich in die drei Teilrisiken Pandemie-, Massenunfall- und Unfallkonzentrationsrisiko.

Zur Berechnung der Teilrisiken wird der Schaden, der in den jeweiligen Teilrisiken entsteht, über die vorgegebene Standardformel als gewichtete Summe der versicherten Leistungen im Schadenfall bestimmt und dann als SCR angesetzt.

Die im Kapitel D.2 Versicherungstechnische Rückstellungen genannten Vereinfachungen bezüglich der versicherungstechnischen Rückstellungen bzw. Zahlungsströme gelten auch für die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung, bzw. wirken sich auf diese ebenfalls aus.

Bei der Ermittlung des Marktrisikos der Kapitalanlagen wurden vereinfachte Berechnungen angewandt. Diese werden folgend näher erläutert.

Im Rahmen des Zinsänderungsrisikos wurden innerhalb der Investmentfonds die festverzinslichen Wertpapiere mit Hilfe der modifizierten Duration bewertet. Dies stellt einen anerkannten Standard für approximierte Zinsstressberechnungen in der Finanzbranche dar.

Die Gesellschaft macht gemäß Artikel 308b der Solvency II-Richtlinie von der Übergangsmaßnahme Aktien Gebrauch. Da diese Maßnahme nur auf die Aktien, die bereits vor dem 01.01.2016 im Bestand waren, angewendet werden darf, wird auch bei dem Aktienexposure innerhalb der Fonds nach dem Neu- und Altbestand unterschieden.

Innerhalb des Spreadrisikomoduls werden Bestände der Policendarlehen mit dem prozentualen durchschnittlichen Risikofaktor des Direktbestandes gestresst.

Die Immobilienbestände innerhalb der Fonds werden nicht nach Objekt, sondern je Fond bewertet.

Ansonsten wurden keine wesentlichen Vereinfachungen bei der Berechnung des Marktrisikomoduls in Bezug auf Kapitalanlagen vorgenommen.

Unternehmensspezifische Parameter gemäß Artikel 104 Absatz 7 der Richtlinie 2009/138/EG werden bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderungen nicht verwendet.

E.3. Verwendung des durationsbasierten Untermoduls Aktienrisiko bei der Berechnung der Solvenzkapitalanforderung

Deutschland hat keinen Gebrauch von der Option gemacht, die Verwendung eines durationsbasierten Submoduls Aktienrisiko zuzulassen. Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen somit nicht vor.

E.4. Unterschiede zwischen der Standardformel und etwa verwendeten internen Modellen

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

E.5. Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderung und Nichteinhaltung der Solvenzkapitalanforderung

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

E.6. Sonstige Angaben

Angabepflichtige Sachverhalte zu diesem Kapitel liegen nicht vor.

Anlagen

Anlage I	Quantitative Reporting Templates	63
----------	--	----

Anlage I Quantitative Reporting Templates

S.02.01.02 in Tausend €

Bilanz

Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte

Latente Steueransprüche

Überschuss bei den Altersversorgungsleistungen

Immobilien, Sachanlagen und Vorräte für den Eigenbedarf

Anlagen (außer Vermögenswerten für indexgebundene und fondsgebundene Verträge)

Immobilien (außer zur Eigennutzung)

Anteile an verbundenen Unternehmen, einschließlich Beteiligungen

Aktien

Aktien – notiert

Aktien – nicht notiert

Anleihen

Staatsanleihen

Unternehmensanleihen

Strukturierte Schuldtitel

Besicherte Wertpapiere

Organismen für gemeinsame Anlagen

Derivate

Einlagen außer Zahlungsmitteläquivalenten

Sonstige Anlagen

Vermögenswerte für index- und fondsgebundene Verträge

Darlehen und Hypotheken

Policendarlehen

Darlehen und Hypotheken an Privatpersonen

Sonstige Darlehen und Hypotheken

Einforderbare Beträge aus Rückversicherungsverträgen von:

Nichtlebensversicherungen und nach Art der Nichtlebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen

Nichtlebensversicherungen außer Krankenversicherungen

nach Art der Nichtlebensversicherung betriebene Krankenversicherungen

Lebensversicherungen und nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

nach Art der Lebensversicherung betriebene Krankenversicherungen

Lebensversicherungen außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen

Lebensversicherungen, fonds- und indexgebunden

Depotforderungen

Forderungen gegenüber Versicherungen und Vermittlern

Forderungen gegenüber Rückversicherern

Forderungen (Handel, nicht Versicherung)

Eigene Anteile (direkt gehalten)

In Bezug auf Eigenmittelbestandteile fällige Beträge oder ursprünglich eingeforderte, aber noch nicht eingezahlte Mittel

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Vermögenswerte

Vermögenswerte insgesamt

	Solvabilität-II-Wert
	C0010
R0030	
R0040	7.007
R0050	
R0060	1
R0070	418.128
R0080	
R0090	
R0100	32.630
R0110	22.183
R0120	10.447
R0130	272.592
R0140	109.152
R0150	147.859
R0160	15.580
R0170	
R0180	112.906
R0190	
R0200	
R0210	
R0220	
R0230	2.009
R0240	2.009
R0250	
R0260	
R0270	
R0280	
R0290	
R0300	
R0310	
R0320	
R0330	
R0340	
R0350	
R0360	800
R0370	
R0380	356
R0390	
R0400	
R0410	1.553
R0420	1.279
R0500	431.132

		Solvabilität-II-Wert
		C0010
Verbindlichkeiten		
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung	R0510	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Nichtlebensversicherung (außer Krankenversicherung)	R0520	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0530	
Bester Schätzwert	R0540	
Risikomarge	R0550	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Nichtlebensversicherung)	R0560	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0570	
Bester Schätzwert	R0580	
Risikomarge	R0590	
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0600	317.500
Versicherungstechnische Rückstellungen – Krankenversicherung (nach Art der Lebensversicherung)	R0610	2.395
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0620	
Bester Schätzwert	R0630	2.333
Risikomarge	R0640	62
Versicherungstechnische Rückstellungen – Lebensversicherung (außer Krankenversicherungen und fonds- und indexgebundenen Versicherungen)	R0650	315.105
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0660	
Bester Schätzwert	R0670	310.398
Risikomarge	R0680	4.706
Versicherungstechnische Rückstellungen – fonds- und indexgebundene Versicherungen	R0690	
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	R0700	
Bester Schätzwert	R0710	
Risikomarge	R0720	
Eventualverbindlichkeiten	R0740	
Andere Rückstellungen als versicherungstechnische Rückstellungen	R0750	380
Rentenzahlungsverpflichtungen	R0760	3.455
Depotverbindlichkeiten	R0770	
Latente Steuerschulden	R0780	21.967
Derivate	R0790	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0800	
Finanzielle Verbindlichkeiten außer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	R0810	
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen und Vermittlern	R0820	170
Verbindlichkeiten gegenüber Rückversicherern	R0830	
Verbindlichkeiten (Handel, nicht Versicherung)	R0840	370
Nachrangige Verbindlichkeiten	R0850	
Nicht in den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0860	
In den Basiseigenmitteln aufgeführte nachrangige Verbindlichkeiten	R0870	
Sonstige nicht an anderer Stelle ausgewiesene Verbindlichkeiten	R0880	46
Verbindlichkeiten insgesamt	R0900	343.887
Überschuss der Vermögenswerte über die Verbindlichkeiten	R1000	87.245

S.05.01.02 in Tausend €

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Geschäftsbereichen

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsge- schäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)																	
		Krankheits- kostenversi- cherung	C0010	Einkommens- ersatzversi- cherung	C0020	Arbeitsunfall- versicherung	C0030	Kraftfahr- zeughaft- pflichtversich erung	C0040	Sonstige Kraftfahrtver- sicherung	C0050	See-, Luft- fahrt- und Transportver- sicherung	C0060	Feuer- und andere Sach- versicherun- gen	C0070	Allgemeine Haftpflichtver- sicherung	C0080	Kredit- und Kautionsver- sicherung	C0090
Gebuchte Prämien																			
	R0110																		
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0120																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0130																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0140																		
Anteil der Rückversicherer	R0200																		
Netto																			
Verdiente Prämien																			
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0220																		
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0230																		
Anteil der Rückversicherer	R0240																		
Netto	R0300																		

		Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsge- schäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)																	
		Krankheits- kostenversi- cherung	C0010	Einkommens- ersatzversi- cherung	C0020	Arbeitsunfall- versicherung	C0030	Kraftfahr- zeughaft- pflichtversich- erung	C0040	Sonstige Kraftfahrver- sicherung	C0050	See-, Luft- fahrt- und Transportver- sicherung	C0060	Feuer- und andere Sach- versicherun- gen	C0070	Allgemeine Haftpflichtver- sicherung	C0080	Kredit- und Kautionsver- sicherung	C0090
Aufwendungen für Versicherungsfälle																			
	Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310																	
	Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0320																	
	Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0330																	
	Anteil der Rückversicherer	R0340																	
	Netto	R0400																	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen																			
	Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410																	
	Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportio- nales Geschäft	R0420																	
	Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtpro- portionales Geschäft	R0430																	
	Anteil der Rückversicherer	R0440																	
	Netto	R0500																	
	Angefallene Aufwendungen	R0550																	
	Sonstige Aufwendungen	R1200																	
	Gesamtaufwendungen	R1300																	

	Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)				Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt
	Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit	Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach		
	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0200	
Gebuchte Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft									
Anteil der Rückversicherer									
Netto									
Verdiente Prämien									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft									
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft									
Anteil der Rückversicherer									
Netto									

	Geschäftsbereich für: Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen (Direktversicherungsgeschäft und in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft)	Geschäftsbereich für: in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft				Gesamt			
		Rechtsschutzversicherung	Beistand	Verschiedene finanzielle Verluste	Krankheit		Unfall	See, Luftfahrt und Transport	Sach
		C0100	C0110	C0120	C0130	C0140	C0150	C0160	C0200
Aufwendungen für Versicherungsfälle									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330								
Anteil der Rückversicherer	R0340								
Netto	R0400								
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen									
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420								
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430								
Anteil der Rückversicherer	R0440								
Netto	R0500								
Angefallene Aufwendungen	R0550								
Sonstige Aufwendungen	R1200								
Gesamtaufwendungen	R1300								

		Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen							Lebensrückversicherungsverpflichtungen			Gesamt
		Krankenversicherung	Versicherung mit Über- schussbeteiligung	Index- und fondsgebundene Versicherung	Sonstige Lebensversicherung	Renten aus Nichtlebensversicherungsver- pflichtungen in Zusammenhang stehen	Renten aus Nichtlebensversicherungsver- pflichtungen außerhalb der Krankenversicherung in Zu- sammenhang stehen	C0260	C0270	C0280	C0300	
		C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300		
Gebuchte Prämien												
	R1410	2.031	29.267									31.299
	R1420	846	72									919
	R1500	1.185	29.195									30.380
Verdiente Prämien												
	R1510	2.032	29.326									31.358
	R1520	859	74									933
	R1600	1.173	29.252									30.426
Aufwendungen für Versicherungsfälle												
	R1610	915	27.179									28.094
	R1620	486	9									495
	R1700	429	27.170									27.599

	Geschäftsbereich für: Lebensversicherungsverpflichtungen							Lebensrückverpflichtungen			Gesamt	
	C0210	C0220	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	C0300			
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen												
Brutto	R1710	-1.793	-5.560									-7.353
Anteil der Rückversicherer	R1720	0	0									0
Netto	R1800	-1.793	-5.560									-7.353
Angefallene Aufwendungen	R1900	153	2.421									2.574
Sonstige Aufwendungen	R2500											1.174
Gesamtaufwendungen	R2600											3.748

S.05.02.01 in Tausend €

Prämien, Forderungen und Aufwendungen nach Ländern

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	
	R0010							
		C0080	C0090	C0100	C0110	C0120	C0130	C0140
Gebuchte Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0110							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0120							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0130							
Anteil der Rückversicherer	R0140							
Netto	R0200							
Verdiente Prämien								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0210							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0220							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0230							
Anteil der Rückversicherer	R0240							
Netto	R0300							

	Herkunftsland	Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen					Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland	
		C0010	C0020	C0030	C0040	C0050		C0060
Aufwendungen für Versicherungsfälle								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0310							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0320							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0330							
Anteil der Rückversicherer	R0340							
Netto	R0400							
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen								
Brutto – Direktversicherungsgeschäft	R0410							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes proportionales Geschäft	R0420							
Brutto – in Rückdeckung übernommenes nichtproportionales Geschäft	R0430							
Anteil der Rückversicherer	R0440							
Netto	R0500							
Angefallene Aufwendungen	R0550							
Sonstige Aufwendungen	R1200							
Gesamtaufwendungen	R1300							

	Herkunftsland						Fünf wichtigste Länder (nach gebuchten Bruttoprämien) - Nichtlebensversicherungsverpflichtungen						Gesamt - fünf wichtigste Länder und Herkunftsland
	C0150	C160	C170	C180	C190	C200	C0230	C0240	C0250	C0260	C0270	C0280	
R1400													
Gebuchte Prämien													
Brutto	31.299											31.299	
Anteil der Rückversicherer	919											919	
Netto	30.380											30.380	
Verdiente Prämien													
Brutto	31.358											31.358	
Anteil der Rückversicherer	933											933	
Netto	30.426											30.426	
Aufwendungen für Versicherungsfälle													
Brutto	28.094											28.094	
Anteil der Rückversicherer	495											495	
Netto	27.599											27.599	
Veränderung sonstiger versicherungstechnischer Rückstellungen													
Brutto	-7.353											-7.353	
Anteil der Rückversicherer													
Netto	-7.353											-7.353	
Angefallene Aufwendungen													
Brutto	2.574											2.574	
Anteil der Rückversicherer													
Netto													
Sonstige Aufwendungen													
Brutto													
Anteil der Rückversicherer													
Netto													
Gesamtaufwendungen													
Brutto													
Anteil der Rückversicherer													
Netto													

S.12.01.02 in Tausend €

Versicherungstechnische Rückstellungen in der Lebensversicherung und in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung

	C0020	Index- und fondsgebundene Versicherung		Sonstige Lebensversicherungen		C0090	C0100	Gesamt (Lebensversicherung außer Krankenversicherung, einschl. fondsgebundenes Geschäft)
		C0030	C0040	C0050	C0060			
	Vericherung mit Überschussbeteiligung	Verträge ohne Optionen und Garantien		Verträge mit Optionen und Garantien		Renten aus Nichtlebensversicherungen und im Zusammenhang mit anderen Versicherungsverpflichtungen (mit Ausnahme von Krankenversicherungsverpflichtungen)	In Rückdeckung übernommenes Geschäft	
R0010	C0020	C0030	C0040	C0050	C0060	C0070	C0080	C0150
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet								
R0020								
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen bei versicherungstechnischen Rückstellungen als Ganzes berechnet								
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge								
Bester Schätzwert								
Bester Schätzwert (brutto)		346.233						346.233
R0080								
Gesamthöhe der einforderebaren Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen								

	Versicherung mit Über- schussbetei- ligung	Index- und fondsgebundene Versi- cherung		Sonstige Lebensversicherungen			Renten aus Nichtle- bensversicherungsver- trägen und im Zusammenhang mit an- deren Versicherungen (mit Ausnahme von Kran- kenversicherungsver- pflichtungen)	In Rückde- ckung über- nommenes Geschäft	Gesamt (Le- bensversiche- rung außer Krankenversi- cherung, ein- schl. fondsgebunde- nes Geschäft)	
		C0030	C0040	C0050	C0060	Verträge ohne Optio- nen und Garantien				C0070
Bester Schätzwert abzüglich der einfor- derbaren Beträge aus Rückversicherungs- verträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückver- sicherungen – gesamt	R0090	346.233								346.233
Risikomarge	R0100	4.706								4.706
Betrag bei Anwendung der Übergangs- maßnahme bei versicherungstechni- schen Rückstellungen										
Versicherungstechnische Rückstellun- gen als Ganzes berechnet	R0110									
Bester Schätzwert	R0120	-35.835								-35.835
Risikomarge	R0130									
Versicherungstechnische Rückstellun- gen – gesamt	R0200	315.105								315.105

	Krankenversicherung (Direktversicherungsgeschäft)				C0190	C0200	C0210
	C0160	C0170	C0180	C0180			
Versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet							
R0010							
R0020							
Versicherungstechnische Rückstellungen berechnet als Summe aus bestem Schätzwert und Risikomarge							
Bester Schätzwert							
Bester Schätzwert (brutto)			2.333				2.333
R0030							
R0080							
Bester Schätzwert abzüglich der einforderten Beträge aus Rückversicherungsverträgen/gegenüber Zweckgesellschaften und Finanzrückversicherungen nach der Anpassung für erwartete Verluste aufgrund von Gegenparteiausfällen							
R0090			2.333				2.333
Risikomarge	62						62
R0100							
Betrag bei Anwendung der Übergangsmaßnahme bei versicherungstechnischen Rückstellungen							
R0110							
R0120							
R0130							
Versicherungstechnische Rückstellungen – gesamt	2.395						2.395
R0200							

S.22.01.21 in Tausend €

Auswirkung von langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen

		Betrag mit langfristigen Garantien und Übergangsmaßnahmen	Auswirkung der Übergangsmaßnahmen bei verschiedenen Rückstellungen	Auswirkung der Übergangsmaßnahmen beim Zinssatz	Auswirkung einer Verringerung der Volatilitätsanpassung auf null	Auswirkung einer Verringerung der Matching-Anpassung auf null
		C0010	C0030	C0050	C0070	C0090
		317.500	35.835		-40	
Versicherungstechnische Rückstellungen	R0010	87.245	-24.905		28	
Basiseigenmittel	R0020	87.245	-24.905		28	
Für die Erfüllung der SCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0050	12.635	97		-121	
SCR	R0090	87.245	-24.905		28	
Für die Erfüllung der MCR anrechnungsfähige Eigenmittel	R0100	5.686	44		-54	
Mindestkapitalanforderung	R0110					

S.23.01.01 in Tausend €
Eigenmittel

	Gesamt	Tier 1 – nicht gebunden	Tier 1 – gebunden	Tier 2	Tier 3
	C0010	C0020	C0030	C0040	C0050
Basiseigenmittel vor Abzug von Beteiligungen an anderen Finanzbranchen im Sinne des Artikels 68 der Delegierten Verordnung (EU) 2015/35					
Grundkapital (ohne Abzug eigener Anteile)	4.000	4.000			
Auf Grundkapital entfallendes Emissionsagio	10.998	10.998			
Gründungsstock, Mitgliederbeiträge oder entsprechender Basiseigenmittelbestandteil bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit und diesen ähnlichen Unternehmen					
Nachrangige Mitgliederkonten von Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit					
Überschussfonds	19.837	19.837			
Vorzugsaktie					
Auf Vorzugsaktien entfallendes Emissionsagio					
Ausgleichsrücklage	52.410	52.410			
Nachrangige Verbindlichkeiten					
Betrag in Höhe des Werts der latenten Netto-Steueransprüche					
Sonstige, oben nicht aufgeführte Eigenmittelbestandteile, die von der Aufsichtsbehörde als Basiseigenmittel genehmigt wurden					
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen					
Im Jahresabschluss ausgewiesene Eigenmittel, die nicht in die Ausgleichsrücklage eingehen und die Kriterien für die Einstufung als Solvabilität-II-Eigenmittel nicht erfüllen					
Abzüge					
Abzüge für Beteiligungen an Finanz- und Kreditinstituten					
Gesamtbetrag der Basiseigenmittel nach Abzügen	87.245	87.245			

S.25.01.21 in Tausend €
Solvanzkapitalanforderung – für Unternehmen, die die Standardformel verwenden

	Brutto-Solvanzkapitalanforderung	USP	Vereinfachungen
	C0110	C0090	C0120
R0010	44.941		keine Vereinfachungen angewendet
R0020	255		
R0030	14.367	keine	keine Vereinfachungen angewendet
R0040	3.539	keine	keine Vereinfachungen angewendet
R0050			
R0060	-11.387		
R0070			
R0100	51.716		

Marktrisiko

Gegenparteiausfallrisiko

Lebensversicherungstechnisches Risiko

Krankenversicherungstechnisches Risiko

Nichtlebensversicherungstechnisches Risiko

Diversifikation

Risiko immaterieller Vermögenswerte

Basissolvanzkapitalanforderung

Berechnung der Solvenzkapitalanforderung		C0100
Operationelles Risiko		1.428
Verlustausgleichsfähigkeit der versicherungstechnischen Rückstellungen		-34.965
Verlustausgleichsfähigkeit der latenten Steuern		-5.545
Kapitalanforderung für Geschäfte nach Artikel 4 der Richtlinie 2003/41/EG		
Solvenzkapitalanforderung ohne Kapitalaufschlag		12.635
Kapitalaufschlag bereits festgesetzt		
Solvenzkapitalanforderung		12.635
Weitere Angaben zur SCR		
Kapitalanforderung für das durationsbasierte Untermodul Aktienrisiko		
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für den übrigen Teil		12.635
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Sonderverbände		
Gesamtbetrag der fiktiven Solvenzkapitalanforderung für Matching-Adjustment-Portfolios		
Diversifikationseffekte aufgrund der Aggregation der fiktiven Solvenzbilanzanforderungen für Sonderverbände nach Artikel 304		

S.28.01.01 in Tausend €

Mindestkapitalanforderung – nur Lebensversicherungs- oder nur Nichtlebensversicherungs- oder Rückversicherungstätigkeit

Bestandteil der linearen Formel für Nichtlebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

	C0010
MCR_{NL}-Ergebnis	R0010

	Bester Schätzwert (nach Abzug von Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gebuchte Prämien (nach Abzug von Rückversicherung) in den letzten zwölf Monaten
	C0020	C0030
Krankheitskostenversicherung und proportionale Rückversicherung	R0020	
Einkommensersatzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0030	
Arbeitsunfallversicherung und proportionale Rückversicherung	R0040	
Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0050	
Sonstige Kraftfahrtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0060	
See-, Luftfahrt- und Transportversicherung und proportionale Rückversicherung	R0070	
Feuer- und andere Sachversicherungen und proportionale Rückversicherung	R0080	
Allgemeine Haftpflichtversicherung und proportionale Rückversicherung	R0090	
Kredit- und Kautionsversicherung und proportionale Rückversicherung	R0100	
Rechtsschutzversicherung und proportionale Rückversicherung	R0110	
Beistand und proportionale Rückversicherung	R0120	
Versicherung gegen verschiedene finanzielle Verluste und proportionale Rückversicherung	R0130	
Nichtproportionale Krankenrückversicherung	R0140	
Nichtproportionale Unfallrückversicherung	R0150	
Nichtproportionale See-, Luftfahrt- und Transportrückversicherung	R0160	
Nichtproportionale Sachrückversicherung	R0170	

Bestandteil der linearen Formel für Lebensversicherungs- und Rückversicherungsverpflichtungen

		C0040
MCR_L -Ergebnis	R0200	7.839

		C0050	C0060
		Bester Schätzwert (nach Abzug von Rückversicherung/Zweckgesellschaft) und versicherungstechnische Rückstellungen als Ganzes berechnet	Gesamtes Risikokapital (nach Abzug Rückversicherung/Zweckgesellschaft)
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – garantierte Leistungen	R0210	267.947	
Verpflichtungen mit Überschussbeteiligung – künftige Überschussbeteiligungen	R0220	49.534	
Verpflichtungen aus index- und fondsgebundenen Versicherungen	R0230		
Sonstige Verpflichtungen aus Lebens(rück)- und Kranken(rück)versicherungen	R0240		
Gesamtes Risikokapital für alle Lebens(rück)versicherungsverpflichtungen	R0250		715.328

Berechnung der Gesamt-MCR

		C0070
Lineare MCR	R0300	7.839
SCR	R0310	12.635
MCR-Obergrenze	R0320	5.686
MCR-Untergrenze	R0330	3.159
Kombinierte MCR	R0340	5.686
Absolute Untergrenze der MCR	R0350	3.700
		C0070
Mindestkapitalanforderung	R0400	5.686